Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 9 | Ausgegeben am 2. Juni 1916 | 34. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Geographische Streiflichter zum Adriaproblem.

Von Georg Engelbert Graf.

Jedem Geschichtskenner ist es schon aufgefallen, wie gewisse Probleme im Laufe der Zeit immer wieder auftauchen. Wie häufig begegnen wir zum Beispiel Parallelen zwischen der Gegenwart und der Blütezeit des Mittelalters! Von Äußerlichkeiten und Zufälligkeiten ganz abgesehen, so erinnern doch Strömungen, die an der Oberfläche und am Grunde des damaligen historischen Geschehens sich verfolgen lassen, politische und wirtschaftliche, nationale und soziale Fragen an das, was unsere Zeit bewegt. Hoffnungen, die längst begraben und vermodert schienen, feiern ihre Wiederauferstehung, Pläne, die verstaubt und vergessen waren, kommen wieder ans Tageslicht, und häufig genug mag es den oberflächlichen Beschauer wie eine bloße Wiederholung des alten Spiels anmuten. Ist es nicht eigenartig, daß Mitteleuropa wieder wie im Mittelalter den Landweg nach Indien sucht und in seine Gewalt zu bringen trachtet? Noch dazu auf einer Linie, die die Kreuzfahrer bereits vorgezeichnet? Scheint nicht Italien die Levantepolitik wieder aufzunehmen, die die Renaissancestaaten der Apenninenhalbinsel bereits verfolgten?

Anzunehmen, daß die sogenannten führenden Männer der Gegenwart diese Ideen aus der mittelalterlichen Requisitenkammer wieder hervorgeholt und zu den ihrigen gemacht hätten — an sich würde das ja nur eine Konsequenz der ideologischen Geschichtsauffassung sein —, wäre selbstverständlich absurd. Für derartige Parallelismen der Geschichte die gleichen ökonomischen und sozialen Triebfedern verantwortlich zu machen, geht gleichfalls nicht an; wir stehen heute in einer ganz anderen Zeit mit anderen wirtschaftlichen Kräften und sozialen Tendenzen, als sie im Mittelalter herrschend waren. Das Rätsel löst sich, wenn wir das materiellste Moment historischen Geschehens zur Erklärung heranziehen, das geographische Milieu.

Historischer Materialismus ohne Berücksichtigung des geographischen Unterbaues der Geschichte ist ein Unding; wäre erst dann möglich, wenn der Mensch souverän die ganze Natur beherrschte, sich über alle durch die Natur der Erdoberfläche bedingten Schranken hinwegsetzen könnte. Und so weit wird es nie kommen. Solange aber die geographische Umwelt die Geschichte der Völker und Staaten mitbestimmt, solange sie auf die Entwicklungshöhe der Technik und damit auf die Kultur von unmittelbarem und mittelbarem Einfluß ist, wird sie bei der Erklärung historischer Vorgänge mit herangezogen werden müssen.

Wenn sich zurzeit, zumal in den imperialistischen Ideengängen und Zielen unserer Tage, soweit sie das Mittelmeer und den Orient betreffen, eine mehr oder weniger enge Anknüpfung an das Mittelalter herstellen

läßt, so liegt das daran, daß Mittelmeer und Orient geographisch heute in ähnlicher Weise wirken wie vor 400 bis 600 Jahren, daß sie zu den Gegenwartsproblemen ähnlich gelagert sind wie damals.

Im Altertum war das Mittelmeer das Zentrum der Kulturwelt; im Mittelalter wurde es zum Randgebiet der angrenzenden großen Reiche, die auf ihm miteinander in Beziehung traten; zumal in seinem östlichen Teile suchten Land- und Seeverkehr innigsten Anschluß mit dem Orient.

Dieser Grenzsaumcharakter des Mittelmeeres ist auch bezeichnend für die Gegenwart. Nachdem das Mittelländische Meer durch die Entdeckungen jenseits der großen Ozeane in seiner Bedeutung überhaupt ausgeschaltet worden war und seine Randgebiete vom siebzehnten bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein für die geschichtliche Gesamtentwicklung kaum in Betracht kamen, hat das vergangene Jahrhundert es aus seinem Weltschlaf wieder aufgerüttelt. Wieder münden die Interessen verschiedener europäischer Großmächte und Mächtegruppen ins Mittelmeer, nur daß seine Stellung gegenüber der im Mittelalter insofern modifiziert erscheint, als es infolge der Eröffnung des Suezkanals aus einem geschlossenen Meer zu einer Meerstraße größten Stils, zum wichtigsten Durchgangsgebiet des Weltverkehrs geworden ist. Der Kampf um das Mittelmeer ist heute nicht allein ein Kampf um den Zugang zum Mittelmeer selbst, sondern auch um den Anschluß an die Weltwirtschaftsstraße vom Atlantischen zum Indischen Ozean geworden, in den östlichen Teilen kombiniert mit einem Kampf um die Landverbindung von Europa über Westasien nach Indien, demselben Kampf, dem einst die Kreuzzüge gegolten. Man sieht, die Linien, auf die sich die politischen Anziehungskräfte in erster Reihe konzentrieren, haben im Mittelmeergebiet im Mittelalter und in der Gegenwart ungefähr den gleichen Verlauf. Diese geographischen Ähnlichkeiten bedingen die historischen.

Bei der reichen Gliederung des Mittelmeeres birgt natürlich jeder seiner Teile seine besonderen Probleme, das Ligurische sowohl wie das Tyrrhenische Meer, das Adriatische und Jonische, das Ägäische und das Schwarze Meer. Diese Probleme treffen in erster Linie die angrenzenden Staaten; aber da sie alle in stärkerem oder schwächerem Maße zur weltpolitischen Stellung des Mittelmeeres als Ganzem in Beziehung stehen, sind sie auch weit davon entfernt, nur lokale Bedeutung zu besitzen. Das Problem des westlichen Mittelmeeres, eingeschlossen von Spanien und Italien, Frankreich und Nordafrika, ist zurzeit nicht akut. Dieser Teil des Mittelmeeres ist am wenigsten gegliedert. Die hier zusammenlaufenden oder sich begegnenden Interessen haben viel mehr Spielraum und befinden sich daher so ziemlich in der Gleichgewichtslage.

Anders im östlichen Mittelmeer. Hier sind sowohl die Schwarze-Meer- wie die Ägäis-Frage noch völlig ungelöst; sie erscheinen durchaus verworren und sozusagen fast unzugänglich; wie die Katzen um den heißen Brei gehen die interessierten Staaten um sie herum.

Bei weitem durchsichtiger ist das Adriaproblem. In gewissem Sinne ist es auch aktueller und liegt uns rein geographisch näher. Der Weltkrieg begann mittelbar unter seinem Einfluß. Der Kampf zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war der Kampf um die Adria. Und mit logischer Konsequenz führte diese Rivalität Italien auf den Kampfplan. Die österreichische

Mittelmeerpolitik — und sie war in letzter Zeit offensichtlich nur eine Adriapolitik — ließ die Kriegsfackel sich gerade an dieser Örtlichkeit entzünden. Hierzu kommt schließlich, daß das Adriaproblem auf dem besten Wege ist, auch ein mitteleuropäisches Problem zu werden, insofern als die Fühl- und Greifarme des amöbengleichen deutschen Imperialismus sich auch nach dieser Richtung ausstrecken mit Zielen, die vorläufig für die große Masse noch ziemlich unklar und verschleiert erscheinen.

Fürs nächste spitzt sich der Kampf um die Adria nach der Ausschaltung Serbiens und Montenegros zu einem Entscheidungskampf zwischen Österreich und Italien zu. Es ist das derselbe offene Gegensatz wie der weiter südlich im Jonischen Meer zwischen Griechenland und Italien, nur daß dieser letztere Gegensatz heute noch mehr latent ist.

Es soll nun natürlich durchaus nicht versucht werden, auf geographischer Grundlage das Adriaproblem zu lösen. Das ergäbe ein völlig schiefes Bild. Es kann sich nur darum handeln, das geographische Material zu sammeln und zu sichten, soweit es zum Verständnis beizutragen vermag, die natürlichen Bedingungen darzulegen, unter denen sich die Dinge an der Adria entwickelt haben. Das wird dann von selbst Wege zeigen, die von der Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft hineinführen.

Die Bedeutung des Adriatischen Meeres liegt zunächst in seiner Lage und in seinen natürlichen Beziehungen zum Mittelländischen Meer. An sich ist es nur ein Seitenarm des Mittelmeeres, ein Mittelmeer im Mittelmeer, durch die knapp 100 Kilometer breite Straße von Otranto vom Mittelländischen Meer und dadurch von dessen westöstlicher Längsverkehrslinie geschieden. Es ist kein Durchgangsgebiet, sondern eine Sackgasse, deren Bedeutung durch die angrenzenden Küstengebiete und ihr breites Hinterland bestimmt wird. Rein äußerlich betrachtet, gleicht es in dieser Beziehung der Ostsee. Für seine Einflußgebiete ist es der Zugang zu den Pforten der Straße von Gibraltar und des Suezkanals, die in das offene Meer hinausführen und den Weg nach dem Atlantischen und dem Indischen und Großen Ozean eröffnen. Dieser Gesichtspunkt gilt zwar auch für die übrigen Ausbuchtungen des Mittelmeers. Aber beim Adriatischen Meer kommt noch hinzu, daß es der mittelste der drei großen Meeresvorsprünge des Mittelmeers nach Norden hin ist, daß es also am ehesten zur Beherrschung des gesamten Mittelmeers geeignet erscheint und daß es am weitesten nach Norden hin in den Kontinentalrumpf Europas eingeschnitten ist. Dadurch wird es von vornherein zu einem Sammel- und Ausstrahlungsgebiet für den Seeverkehr vorausbestimmt. Allerdings ergibt ein Blick auf die Landkarte, daß diese Ideallage durch die Richtung, in der die Adria sich erstreckt, eine Einschränkung erleidet. Die Längsausdehnung verläuft von Nordwesten in südöstlicher Richtung, also abgewendet vom westlichen Teil des Mittelländischen Meeres, von dem es überdies durch die Sperre Kalabrien-Sizilien-Malta getrennt ist. Insofern ist die Lage des Ligurischen Meeres erheblich günstiger, da von hier aus der Verkehr, zu beiden Seiten von Korsika und Sardinien abgleitend, sich sowohl der Meerenge von Gibraltar als durch das Tyrrhenische Meer dem Osten zuwenden kann.

Von wesentlich höherem Einfluß ist aber das Verhältnis eines Meeres zu seinen Küsten und zu dem Hinterland. An und für sich betrachtet, ist ja das Meer als unbewohnbares Gebiet für den Menschen durchaus indifferent,

ebenso wie etwa die Eisflächen der Polarregionen oder die Wüsten, die dem Leben keinen Raum gewähren. Es erhält eine Bedeutung erst durch das Land. Je mehr Fäden von einem Landgebiet auf ein Meer hinauszulaufen vermögen, um so wichtiger ist es. Das Land ist eine Ziffer, das Meer für sich eine Null; an die Ziffer angefügt, ergibt sie ein Vielfaches. Im Verhältnis zum Meer muß man beim Festland die Küste vom Hinterland scheiden. Die Küste ist das Mittel, durch das das Hinterland mit dem Meer und über das Meer mit einer anderen Küste und einem anderen Hinterland in Verbindung tritt. Schlechte Küsten scheiden ihre Hinterländer eher, als daß sie sie verbinden, und ein bedeutungsloses Hinterland macht den Wert der besten Küste illusorisch.

Schon die Entfernung der Küsten eines Meeres voneinander spielt eine Rolle. Das Adriatische Meer ist gewissermaßen ein nicht allzu breiter, ziemlich langer Korridor zwischen Balkan und Apenninenhalbinsel; seine Länge verhält sich zur durchschnittlichen Breite etwa wie 4:1. Diese Gestalt bewirkt, daß die Längsküsten sich in bedeutender Ausdehnung recht nahe und ziemlich parallel einander gegenüber liegen. Daraus können sich je nachdem enge Beziehungen zwischen beiden Küstengebieten oder auch scharfe Konkurrenzkämpfe ergeben. Vor allem besteht bei einem derartig geformten Meeresteil stets die Gefahr, daß ein einziger Staat ihn völlig zu umklammern oder wenigstens völlig unter seinen Einfluß zu bringen suchen wird, weil sonst die eine Küste ständig eine Bedrohung für die gegenüberliegende bilden kann. Das Streben nach Beherrschung der Gegenküste kehrt ständig in der Geschichte der seefahrenden Nationen wieder. Das Venedig des Mittelalters hatte sich in den Häfen Dalmatiens festgesetzt, und das Streben italienischer Imperialisten läuft darauf hinaus, aus dem Adriatischen Meer ein „mare nostro", ein rein italienisches Meer zu machen. Ein nationaler Vorwand läßt sich ja immer gar leicht konstruieren, wie aus den ähnlichen Bestrebungen zum Beispiel Schwedens nach Finnland, Griechenlands nach Kleinasien hin deutlich zu ersehen ist.

Kommt die Lage der Meeresküsten zueinander in der Politik mehr zum Ausdruck, so äußern sich die Eigenschaften der Küsten vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie bestimmen die Möglichkeit und den Umfang der unmittelbaren Produktion — die aber über den Verkehr mit den Nachbarküsten hinaus nur geringe Bedeutung gewinnt —; in dieser Hinsicht erheischt die vertikale Gliederung des Küstengebiets unsere Aufmerksamkeit. Die horizontale Gliederung ist ausschlaggebend für die Anzahl und die Güte der Häfen, und muß daher als natürliche Grundlage für den Seeverkehr gewertet werden.

Die natürlichen Eigenschaften einer Küste ergeben sich aus der geologischen Entwicklungsgeschichte des Meeres, das von ihr begrenzt wird. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn das Meer gegen eine Tiefebene Boden gewinnt und Land und Wasser allmählich ineinander übergehen wie im Nordseegebiet, als da, wo eine riesige Landscholle entlang steilen Bruchrändern in die Tiefe gesunken ist und die scharf abgeschnittene Küste schroff in den Meeresspiegel hinabtaucht wie im Tyrrhenischen Meer zwischen Italien, Korsika, Sardinien und Sizilien. Das Mittelmeer besteht aus nacheinander und verschieden tief eingesunkenen Becken von meist ozeanischer Tiefe. Eine Ausnahme bildet das Adriatische Meer. Nur in seinem süd-

lichsten Teile reicht es bis in größere Tiefen als tausend Meter hinab, sonst wird fast nirgends die 200-Meter-Tiefenzone erreicht. Im wesentlichen ist es ein übergroßes Längstal, eine Muldeneinsenkung zwischen aufgerichteten, aufgefalteten Gebirgszügen, von der das Meer, von Süden nach Norden vorschreitend, allmählich Besitz ergriffen hat. Diese Mulde, die sich, nach Westen umgebogen, in der nur wenig den Meeresspiegel überragenden Poebene fortsetzt, wird allmählich, wie eben dieselbe Poebene zeigt, von dem Gebirgsschutt, den die Flüsse herzu tragen, wieder angefüllt und ausgeflacht.

Daher ist die Schwemmküste mit den verwilderten Deltamündungen des Po und anderer kleiner Flüsse bezeichnend für den nordwestlichen Teil der Adriaküste von der Isonzomündung bis Ravenna. Diese Küste ist wirtschaftlich sowohl wie verkehrstechnisch nur von sehr problematischem Wert. Die starke Geröllführung bewirkt eine erhebliche Erhöhung des Flußbettes über das Umland im Mündungsgebiet der Flüsse, und ist somit die Ursache für alljährliche gewaltige Überschwemmungen, die den Längs- und Querverkehr erschweren, einen geregelten Anbau und größere Ansiedlungen unmöglich machen. Die Annäherung vom Meere her wird gleichfalls durch die ständigen Strömungsverlagerungen und den Mangel gesicherter Ankerplätze unterbunden, während die Fahrt flußaufwärts je nach der Jahreszeit durch allzu starke Strömung oder durch Wassermangel gehindert wird. Adria, Ravenna, Aquileja sind Hafenstädte nur kurze Zeit gewesen, und Venedig hat seinen, auch heute noch trotz aller technischen Vorkehrungen stark bedrohten Hafen nur dadurch halten können, daß die Brenta, deren Schlamm und Geröll die Lagune zu verschütten drohte, in einem künstlichen Bett südlich von Chioggia ins Meer geleitet wurde.

Diese eigentliche Querküste des Adriatischen Meeres wird vornehmlich vom Lande her — durch die Flüsse — gebildet und verändert, die Längsküsten sind dagegen mehr ein Werk des Meeres; und zwar durch die jeweilige Art der Intensität der Strandverschiebung. Küstengebiete und Meeresboden befinden sich nur scheinbar im Ruhezustand; in Wirklichkeit haben Hebungen hier und Senkungen dort nie aufgehört, und diese Hebungen und Senkungen bestimmen den Charakter der Küste. In der Hebungszone wird in einem Überspülungsmeer wie dem Adriatischen ein flacher Strandsaum die Küste bilden, während da, wo das Land allmählich unter den Meeresspiegel hinabtaucht, das Meer zunächst von den Tälern Besitz ergreift und so in Buchten und Fjorden tief ins Land einzuschneiden vermag. Die Verhältnisse liegen im Adriatischen Meer nun insofern kompliziert, als an derselben Küste Hebungs- und Senkungsgebiete, noch dazu von verschiedener Intensität miteinander wechseln. Im nördlichen Teil, zwischen dem 42. und 46. Breitegrad, also von einer Linie Monte Gargano-Dulcigno nordwärts, findet auf der italienischen Seite eine langsame Hebung, auf der istrisch-dalmatinischen Seite eine recht erhebliche Senkung, das heißt positive Strandverschiebung statt; im südlichen Teil ist es umgekehrt, nur daß da sowohl Hebung an der albanischen wie Senkung an der italienischen Küste sich in geringerem Maße bemerkbar machen.

Dadurch erklärt sich die überreiche Küstengliederung von Istrien und Dalmatien mit ihrem Überfluß an geschützten, tief ins Land einspringenden Buchten und der Unzahl vorgelagerter Inseln. Hier sind eben die südwestlichsten Ketten der Dinarischen Alpen, die ungefähr parallel mit der Küste

streichen, ins Meer gesunken; ihre höchsten Kämme ragen noch als Inseln aus dem Wasser, während das Meer die gesamten Längstäler überflutet und von ehemaligen Pässen und niedrigen Quertälern Besitz ergriffen hat. Selbst für den Nichtgeographen ist es ein leichtes, auf einer beliebigen Landkarte so den ehemaligen Verlauf der Küste vom Kap Promontore bis zu den Bocche di Cattaro zu rekonstruieren. Anders auf der gegenüberliegenden italienischen Seite. Abgesehen von Ancona, wo durch einen ins Meer vorspringenden Berg eine kleine Bucht gebildet wird, weist die Küste von der Pomündung bis zum Spornvorsprung des Monte Gargano keinen einzigen Hafen auf. Erst weiter südlich, im Senkungsgebiet, treffen wir als untergetauchte Flußtäler von allerdings nur geringem Ausmaß die Häfen von Manfredonia, Bari und Brindisi. Die albanische Küste zeigt wieder ähnliche Verhältnisse wie in der Hebungszone auf der italienischen Seite, mangelnde Gliederung, Buchtenlosigkeit, Aufschüttungsarbeit der Flüsse verbunden mit Lagunenbildung und ausgesprochene Hafenarmut.

In bezug auf die Verkehrsbedeutung der Küste müssen aber außer diesen morphologischen Faktoren noch eine Reihe anderer berücksichtigt werden. Gerade für die Häfen sind auch meteorologische Gesichtspunkte maßgebend. Was nützt die schönste Meeresbucht, wenn Stürme durch ihre Öffnung ungehinderten Zugang erhalten? Besonders gefürchtet ist im Adriatischen Meer die Bora, ein überaus heftiger Fallwind, der sich von Norden her mit großer Gewalt aufs Meer stürzt. Ihm wirksam zu begegnen, erfordert in vielen Häfen, zum Beispiel in Triest, kostspielige Schutzmaßnahmen. In den überwiegend nördlichen Winden hat auch die nach Süden gerichtete Hauptströmung im Adriatischen Meer ihren Ursprung, die den durch die Flüsse aus den Alpen und Apenninen eingeschwemmten Sand immer weiter an der Küste entlang nach Süden verfrachtet und die spärlichen Ankerplätze auf der italienischen Seite versanden läßt.

Nicht unerwähnt mögen auch die kulturgeographischen Einflüsse bleiben, die bei der Hafenanlage mitsprechen, und ebenso beim Verschwinden von Häfen im Laufe der Zeit; die Höhe der Schiffsbautechnik und die politischen Verhältnisse der jeweiligen Zeit. In Zeiten der Unsicherheit wird die günstige Hafenanlage der geschützten geopfert — vergleiche Gründung von Venedig —, und Städte entstehen dann nicht unmittelbar an der Küste, sondern weiter binnenwärts, eine Erscheinung, die gerade an den italienischen Küsten, wo die dalmatischen Seeräuber in so bedrohlicher Nähe hausten, besonders häufig zu beobachten ist. Die moderne Schiffstechnik erfordert schließlich ganz andere Häfen, als die Segelschiffahrt des Mittelalters oder die Ruderbarken des Altertums das taten. Die Fahrzeuge aus den Zeiten der Küstenschiffahrt bevorzugten, da sie nachts und im Winter aufs Land gezogen wurden, einen offenen Sandstrand. Die späteren Segelschiffe, die ihre Fahrten fast nur im Sommer machten, wollten in den Häfen gegen den Nordwind geschützt sein. Je größere Strecken sie zurückzulegen vermochten, um so geringer wurde die Anzahl der Häfen, deren sie bedurften. Noch höhere Ansprüche stellt die Schiffahrt unserer Zeit. Gewiß, auch sie wählt die Häfen nach ihrer natürlichen Eignung; aber die moderne Technik hat es doch verstanden, sich von der Natur innerhalb gewisser Grenzen unabhängig zu machen, Häfen zu verbessern und, wo nötig, neue gleichsam aus dem Nichts zu schaffen. Für die Häfen der Gegenwart — und für die Be-

deutung von Meeren und Meeresteilen — gibt den Ausschlag das Hinterland, das Einzugsgebiet.

Den Wert eines Meeres für ein Wirtschaftsgebiet, die rückwirkende Kraft, die dieses Wirtschaftsgebiet auf ein Meer und seine Küsten auszuüben vermag, zeigt innerhalb des Mittelländischen Meeres die Adria besonders deutlich.

Die Natur hat es dem Adriatischen Meer nicht leicht gemacht, mit seinem Hinterland in Verbindung zu treten. Mit Ausnahme der Poebene — und auch da ist, wie oben gezeigt, durch die Deltamündung des Po der Zugang aufs äußerste erschwert — schließt eine hohe Gebirgsbarrikade die Küste von dem Hinterland ab, die Apenninen, die Alpen, die Höhen des Karst, die Ketten der Dinarischen Alpen und die albanischen Gebirge. Am ungünstigsten liegen die Dinge auf der östlichen Seite der Adria. Albanien ist heute noch das unbekannteste, unerforschteste Gebiet in ganz Europa: vom Meere her ist die Annäherung recht schwierig und, abgesehen von der Via Egnatia, der alten Römerstraße, die Dyrrhachium-Durazzo mit Saloniki verband, ist bisher kaum ein Versuch gemacht worden, das Innere des Landes durch Straßen zu erschließen; auch die Verbindung vom Drintal nach Serbien hinein ist nur ein Saumpfad und für den Handelsverkehr von keiner Bedeutung. Ein ähnliches Bild zeigt Montenegro. Und die auffallende Schmalheit von Dalmatien liegt in der Natur der Küste begründet, die durch das nordwest-südoststreichende, der Pässe ermangelnde Gebirge vom Hinterland fast hermetisch abgeschlossen ist; Bosnien steht mit Ungarn in leichterer Verbindung als mit Dalmatien. Nur da, wo die Buchten von Triest und Fiume die tiefste Bresche in den Karst gelegt haben und wo von der Binnenseite die Täler der Save und ihres Nebenflusses, der Kulpa, sich am meisten der Adriaküste nähern, konnte Innereuropa dem Adriameer die Hand reichen. Trotzdem an der dalmatischen Küste bei weitem bessere natürliche Häfen sich vorfinden, sind nur Triest und Fiume die ausschlaggebenden Häfen Österreich-Ungarns geworden, einmal, weil allein von hier aus, wenn auch mit Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten, eine ausreichende Verbindung mit dem Hinterland hergestellt werden konnte, und ferner, weil nur an diesen Stellen die Küste genügend Raum zur Entwicklung von Hafenstädten und Hafenanlagen bot.

Der Aufschwung dieser beiden Städte war aber erst in der Gegenwart möglich, war bedingt durch die moderne Verkehrstechnik, vor allem durch die Eisenbahn, und ging Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets der mittleren Donau. Vorher war trotz größerer Höhe und beträchtlicherer Breite der Alpen Venedig die gegebene Vermittlerin des Adriahandels mit Innereuropa. Die Alpen sind ja ein verhältnismäßig sehr leicht zugängliches und früh aufgeschlossenes Gebirge; die wichtigsten Pässe sind niedrig und nicht allzu schwer zu überschreiten, vor allem laufen sie förmlich radial vom Norden und Westen her auf die Poebene zu, in der sich daher frühzeitig Stapelplätze, Handels- und Gewerbestädte konzentrieren konnten. Erst die Eisenbahn hat dieses Gebiet dezentralisiert, es in mehrere Verkehrsgebiete zerlegt, so daß die Straßen vom Rheintal, teilweise auch vom oberen Rhônetal her über Genua den Ausgang zum Mittelmeer suchen und auch von Osten her das Einzugsgebiet von Venedig stark eingeschränkt wurde.

Trotz ihrer durchschnittlich bedeutenderen Höhe sind die Apenninen bei weitem zugänglicher als die Dinarischen Alpen. Durch eine Unzahl von mittleren und kleinen Querflüssen sind sie derartig aufgeschlossen, daß an sich diese Schranke, zumal in unserer Zeit, nur ein geringes Verkehrshindernis bedeuten würde. Aber fast die gesamte Ostküste Italiens ist, da das Gebirge bis nahe ans Meer sich herandrängt, zu schmal, als daß sie für sich einen größeren Verkehr beanspruchte; und das Hinterland jenseits des Gebirges, die reichen Landschaften von Toskana, Latium, Kampanien, hat zur Ostküste so gut wie gar keine Beziehungen, es wendet sein Gesicht dem Tyrrhenischen Meere zu. Um aber für zwei Meere die nötige wirtschaftliche Einzugssphäre zu bieten, dazu ist die Apenninenhalbinsel nicht breit genug.

Rechnen wir selbst die gesamte Ostküste zum Einflußgebiet von Venedig, so ist dieses Gebiet doch schon rein flächenmäßig bedeutend kleiner als das von Triest und Fiume. Im Westen reicht es selbst in der Poebene nur bis Cremona (Piacenza und Mailand gehören schon zum Hinterland von Genua) und im Norden, zumal seit der Eröffnung der Tauernbahn, nicht über den oberen Inn hinaus. Das Hinterland von Triest aber erstreckt sich von Ulm bis Preßburg und von Salzburg bis zum Karpathenrand, das von Fiume umfaßt Ungarn und die südlichen Kronländer der Monarchie.

Natürlich sind der Ausdehnung der Einflußsphären dieser drei Adriahäfen nach Norden hin nur schwer überschreitbare Schranken gezogen. Der Einfluß der Nord- und Ostseehäfen erstreckt sich verhältnismäßig viel weiter nach Süden; Basel, Nürnberg, Prag und Krakau bezeichnen die südlichen Punkte dieses Einflusses. Die Ursache ist nicht schwer zu ergründen. Die Nord- und Ostseehäfen können mit den billigen Fluß- und Kanalfrachten nach Süden vordringen, mindestens so weit als Flüsse und Kanäle dies erlauben. Diese günstige Chance kommt bei den Adriahäfen in Wegfall. Sie sind für ihren Verkehr ins Binnenland auf die Eisenbahn angewiesen. Diese mag mit Vorzugstarifen und anderen Vergünstigungen dem Verkehr vom Hafen ins Innere noch so sehr entgegenkommen, einmal wird doch der Zeitpunkt eintreten, wo die Frachteinnahmen die Selbstkosten des Transports nicht mehr decken. Und daß dieser Zeitpunkt bei der Eisenbahn eher eintritt als bei der billigen Flußschiffahrt, leuchtet ein. Daher wird zum Beispiel das hochindustrielle Böhmen stets über Hamburg seinen Weg nach dem Meere suchen und nicht über Triest oder Venedig.

Für die Richtung und Intensität des Seeverkehrs auf dem Adriatischen Meere sind die Verhältnisse im Hinterland maßgebend. Der Querverkehr ist wenig lebhaft, so sehr den Italienern in den letzten Jahren daran gelegen sein mußte, ihre Beziehungen zum Balkan aufzubauschen. Da beide Längsküsten so ziemlich das gleiche produzieren, ist der Anreiz zum Austausch der Güter nicht sehr groß. Nennenswerten Export hat auf der italienischen Seite nur Bari, von wo die Produkte der fruchtbaren Apulischen Ebene verschickt werden; abgesehen von Venedig ist es auch die einzige Stadt an der italienischen Ostküste, die mehr als 100 000 Einwohner hat. In Albanien sind nur zwei einigermaßen günstige Landungsstellen zu nennen, Valona und Durazzo, aber auch sie haben für große moderne Dampfer nur den Wert einer offenen Reede. San Giovanni di Medua dürfte, falls die alte Römerstraße nach Üsküb wieder aufgenommen wird, als Hafen für Skutari und das Dringebiet an Bedeutung gewinnen. Weiter nördlich in Dalmatien

haben trotz des Überreichtums an Häfen nur einige wenige Plätze sich einen Namen gemacht, soweit von ihnen aus über die trennende Gebirgsschranke hinweg das Hinterland zu erreichen war: Ragusa, der Hafen der bosnischen Staatsbahn, wichtig für den Export von Erzen und Holz, und Spalato, das mit Westbosnien zu verbinden der modernen Eisenbahntechnik trotz entgegenstehender Schwierigkeiten gelingen dürfte.

Der Weltverkehr in der Adria ist ausschließlich Längsverkehr, und für ihn kommen nur die an die äußerste Nordküste der Adria gerückten Häfen in Frage, Venedig, Triest und Fiume. Sie verkörpern in gewissem Sinne nationale Interessen und Gegensätze: Italien, Österreich, Ungarn nebst den südslawischen Ländern. Das erklärt ihr Nebeneinander, ihre Rivalität, und in der Konkurrenz der Häfen spricht sich die Konkurrenz ihrer Einzugsgebiete aus. Am ungünstigsten steht Venedig da, seine Einflußsphäre ist von Osten, Westen und Norden her stark beschnitten worden. Trotzdem wäre es sehr voreilig, den Niedergang dieser ehemaligen Seerepublik zu prophezeien. In bezug auf den Schiffsverkehr steht es in Italien an dritter Stelle hinter Genua und Neapel, sein Warenverkehr übertrifft sogar den von Neapel und hat sich in den letzten fünfzehn Jahren unter dem Einfluß der in der Poebene von Westen nach Osten sich vorschiebenden Industrie verdoppelt.

Den Wettstreit mit Triest und Fiume wird Venedig allerdings nicht aushalten können. Triest und Fiume sind, das muß immer berücksichtigt werden, die einzigen Weltverkehrshäfen ihres Hinterlandes, in ihnen muß sich der ganze Verkehr konzentrieren. Je mehr ihr Einzugsgebiet industrialisiert wird, um so bedeutungsvoller ihre Stellung im Weltverkehr. Venedigs Bevölkerung betrug Anfang 1914 165 000 Einwohner, diejenige Fiumes 1910 nur 50 000; aber sie war zu dieser Höhe von 39 000 ein Jahrzehnt zuvor gewachsen; und Triests Einwohnerzahl betrug 1900 179 000, 1910 229 000, Mitte 1914 246 000. Besonders Triest hat sich ganz rapid entwickelt. Während die Bevölkerung ganz Österreichs in dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 um 9,26 Prozent sich vermehrte, betrug der Zuwachs Triests in dem gleichen Zeitraum 28,5 Prozent (in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten 8,7 beziehungsweise 13,43 Prozent).

Wie groß der Verkehr in den drei Häfen vor Ausbruch des Krieges war, mag die nachstehende Tabelle veranschaulichen:

	Einlaufende Schiffe		Auslaufende Schiffe	
	Anzahl	Registertonnen	Anzahl	Registertonnen
Venedig (1913) . . .	4078	2307554	3999	2295229
Triest (1912)	12606	4572588	12614	4591000
Fiume (1912)	16513	3184624	16520	3199171

Zum Vergleich mögen die entsprechenden Zahlen für Marseille (1912) dienen:

	Einlaufende Schiffe		Auslaufende Schiffe	
	Anzahl	Registertonnen	Anzahl	Registertonnen
Marseille (1912) . . .	4464	7850221	3958	6898507

Im Jahre 1912 betrug der gesamte Fernverkehr aller europäischen Küsten rund 300 Millionen Registertonnen; davon kamen auf die Nordwestküste zwischen Cherbourg und Hamburg allein 142 Millionen Tonnen, auf die europäischen Mittelmeerküsten 85 Millionen Tonnen. Danach entfällt fast ein Zehntel des Mittelmeerfernverkehrs auf Triest und Fiume. Triest allein

hat im Jahrfünft 1905 bis 1909 eine Steigerung des Schiffahrtverkehrs um 38,3 Prozent des Raumgehalts aufzuweisen, während die entsprechende Zahl für Antwerpen 20 Prozent, für Hamburg 17,3 Prozent, ebensoviel für Marseille und für Genua 12 Prozent beträgt.

Bei diesem Verkehr muß immerhin, wenigstens was Venedig und Triest anlangt, berücksichtigt werden, daß ihre Lage, zum Beispiel gegenüber der von Genua und Marseille, insofern ungünstig ist, als sie viel mehr auf den Import als auf den Export angewiesen sind. Sie sind besonders wichtig für die Einfuhr von Produkten und sonstigen Gütern, die aus dem Mittelmeergebiet und vom Suezkanal her möglichst rasch dem Hinterland zugeführt werden sollen. Nach Genua ist es von Alexandrien 143, von Odessa 115 Seemeilen weiter als nach Triest. Andererseits stehen im Vordergrund der Einfuhr besonders hochwertige Artikel; denn größeren Raum einnehmende, billige Massengüter würden die unter schwierigen Verhältnissen angelegten, daher teuren Bahnen unrentabel machen. Die Einfuhr von Triest betrug im Jahre 1910 2 095 000 Tonnen, die Ausfuhr dagegen nur 814 000 Tonnen; in Venedig ist die Ausfuhr gar noch um die Hälfte geringer. Nicht so ungünstig ist das Verhältnis, wenigstens für Triest, wenn man vom Wert des Imports und Exports ausgeht. Die gesamte Ausfuhr Triests im Jahre 1910 bezifferte sich auf 648 800 000 Kronen, die Einfuhr betrug 716 700 000 Kronen. Der geringe Export bewirkt selbstverständlich wieder höhere Frachtsätze; denn die Schiffe müssen mit längerer Wartezeit in den Häfen und mit geringerer Ausnutzung ihres Schiffsraums für die Ausfahrt rechnen.

Eine Ausnahme macht Fiume, bei dem Import und Export sich ungefähr die Wagschale halten, zeitweise sogar der Export überwiegt. Vor allem werden große Mengen Zucker, Holz und Mehl ausgeführt. Triest und Fiume sind übrigens viel weniger Rivalen, als bei oberflächlicher Betrachtung der Karte scheinen mag. Ihre Einflußsphären sind wirtschaftlich ganz verschieden geartet, und ihre Beziehungen nach außerhalb streben auch nach verschiedenen Richtungen auseinander. Triest steht in der Hauptsache in Verbindung mit den östlichen Mittelmeerländern, Ägypten, Indien und dem übrigen Asien; erst seit einem Jahrzehnt hat sich auch ein lebhafterer Verkehr mit Amerika herausgebildet. Ungarns und damit Fiumes Handel hat hauptsächlich nach Westen hin in Italien, Frankreich und Spanien Anschluß gesucht; auch den nicht unbedeutenden Auswandererstrom hat Fiume eher in seinen Hafen gelenkt als Triest.

Noch ein besonderer Umstand hat mit dazu beigetragen, die österreichischen Häfen gegenüber Venedig in Vorteil zu setzen: der Vorsprung, den Österreich-Ungarn im Bau von Dampfern und in der Einrichtung großer Weltdampferlinien besaß. Bis Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde der Levantehandel, an dem Italien immerhin stark beteiligt war, ausschließlich durch Segelschiffe bestritten. In dieser Zeit begann die Dampfschiffahrt im östlichen Mittelmeer, zumal im Anschluß an das Suezkanalobjekt, an Bedeutung zu gewinnen; Dampfer konnten trotz der höheren Kosten wegen ihrer Schnelligkeit und Pünktlichkeit viel rationeller arbeiten. Aber die ökonomische Lage Italiens war damals derart, daß es den Übergang zur Dampfschiffahrt aus Mangel an Kapitalien nicht mitmachen konnte — teilweise auch in starrem Festhalten am Althergebrachten nicht mitmachen wollte. Als die Verhältnisse sich geändert hatten, waren andere Nationen,

speziell auch Österreich-Ungarn, bereits auf dem Plane erschienen und waren in ihrem Vorsprung nicht mehr einzuholen, um so weniger, als die italienischen Häfen an der Adria sich nur wenig für den Dampferverkehr eigneten. Übrig blieb Italien damals der Überseeverkehr nach dem Westen, besonders der Reisendenverkehr. Es folgte der Ausbau des Hafens von Genua, der die Bedeutung von Venedig nur noch mehr schmälerte.

Der Personenverkehr West- und Mitteleuropas hat überhaupt Italien bevorzugt, einmal Genua als Ausgangspunkt nach Südamerika, dann aber vor allem Brindisi als Einschiffungshafen für den Post- und Personenverkehr nach Ägypten, Indien und Ostasien. Zwar ist die kürzeste Entfernung von London ans Mittelmeer über Paris-Lyon nach Marseille oder Genua, aber man gewinnt erhebliche Zeit, wenn man von Dijon aus die Simplonbahn, dann die Uferbahn an der Adria entlang benutzt und erst in Brindisi den Dampfer besteigt. Auf diese Weise kann die Strecke London-Brindisi (2340 Kilometer) in 45 Stunden zurückgelegt werden. Ähnlich günstige Verhältnisse bestehen weder für die österreichisch-ungarischen, noch für irgendeinen Hafen der Balkanhalbinsel. Allerdings droht Brindisi eine andere Konkurrenz: die Bagdadbahn, die, vorausgesetzt, daß sie entsprechend ausgebaut wird, den Schnellverkehr nach Asien sowohl für Post wie für kleinere Eilgüter wie für eilige Reisende an sich ziehen wird.

Überblickt man die geographischen Verhältnisse, die um die Adria obwalten, so erscheint die Adriapolitik Italiens als Verlegenheitspolitik des Zuspätgekommenen. Gerade weil seine kapitalistische Entwicklung erst verhältnismäßig spät eingesetzt hat, sind andere Staaten ihm zuvorgekommen. Es hat in seiner imperialistischen Politik bisher immer den richtigen Zeitpunkt verpaßt. Die Sehnsucht der Italiener geht nach einem „mare nostro"; das durch seine ganze geographische Lage, seine ganze wirtschaftliche Bedeutung gegebene „mare nostro" wäre das Tyrrhenische Meer, aber Korsika ist französisch, und Tunis fiel in die Hände von Frankreich, von Malta ganz zu schweigen. Nun soll das Adriatische Meer mit Tripolis zusammen eine italienische Levante inaugurieren. Aber nichts wäre unnatürlicher, als etwa Triest, Fiume und die Häfen der östlichen Adriaküste in italienischen Händen. Damit soll aber nicht etwa die österreichische Adriapolitik gerechtfertigt sein. Gewiß wird und muß Triest seinem Hinterland erhalten bleiben. Wie sich aber südlich davon die Dinge entwickeln werden, das zu erörtern geht jetzt noch nicht an. Wie notwendig der Zugang zum Meere für ein aufstrebendes Land ist, das zeigten Montenegro und Serbien in ihrem zungenartigen Vordringen gegen das Meer hin. Die Balkansozialisten vertreten das Ideal einer föderativen Republik, die die gesamten Nationen der Balkanhalbinsel zu einer Einheit zusammenfassen soll. In diesem Falle würde sich eine gewisse Parallelität zur Ostsee ergeben, wo in der Hauptsache die beiden Längsküsten im Besitz von Schweden und Deutschland sind, während ein weiterer Teil der Küste in der Hand des im übrigen fast völlig binnenländischen Rußland sich befindet.

Aus der Geschichte des Kampfes gegen die Sklaverei.

Zur Erinnerung an den 22. Mai 1856.[1]

Von N. N.

I.

»Alt und historisch ist die Lehre« — sagt einmal Marx —, »daß überlebte gesellschaftliche Mächte, nominell noch im Besitz aller Attribute der Gewalt, nachdem ihr Daseinsgrund längst unter ihren Füßen weggemodert, fortvegetieren, weil unter den Erben schon Hader über den Antritt der Hinterlassenschaft ausgebrochen, bevor der Totenzettel gedruckt und das Testament eröffnet ist, sich vor dem letzten Todeskampf noch einmal zusammenfassen, aus der Defensive in die Offensive übergehen, herausfordern statt auszuweichen und extremste Schlüsse aus Prämissen zu ziehen suchen, die nicht nur in Frage gestellt, sondern schon verurteilt sind.«

Das konnte man auch in der Geschichte des Kampfes der nordamerikanischen Sklavenhalter um ihre Privilegien beobachten.

Während der ersten Jahre der Republik der Vereinigten Staaten spielte die Frage der Sklaverei noch keine entscheidende Rolle. Im Vordergrund stand die Befreiung vom Mutterland und die Befestigung der Unabhängigkeit. Die Aufrechterhaltung der soeben gewonnenen Union schien ein zu kostbares Gut, um sie aufs Spiel wegen der Negersklaven zu setzen. Man begnügte sich damit, daß man die Sklaverei von allen Territorien (das heißt Gebieten, die noch nicht jene Bevölkerungszahl erreicht hatten, die erforderlich war, um einen vollberechtigten Staat der Union zu bilden) der Republik im Nordwesten vom Ohio gesetzlich ausschloß. Die Zahl der Sklaven war auch in den Sklavenstaaten nicht sehr bedeutend, und man hoffte, daß diese Anomalie schnell verschwinden werde.

Aber die rapide Entwicklung der Großindustrie in England änderte von Grund aus die Situation. Die Revolution in der Baumwollindustrie führte notwendig zu der Vermehrung der Baumwollproduktion. Die wachsende Ausfuhr von Baumwolle machte aus der Negersklaverei eine reiche Quelle des Profits. Die Erfindung des Cottongin[2] schuf die Bedingungen für die Verwandlung der handwerksmäßigen Baumwollproduktion in eine auf großem Maßstab arbeitende Plantagenwirtschaft, die das für die Großindustrie unentbehrliche Rohmaterial in kolossalen Quantitäten liefern konnte. Erst jetzt wuchs die Zahl der Sklaven mit jedem Jahre, und die Einfuhr von Negern wurde ein wichtiger Zweig des ganzen Außenhandels. Einige Staaten verwandelten sich in sklavenzüchtende Staaten, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Sklaverei verbreitete sich auch territorial, und die südlichen Staaten erzwangen durch den Missourikompromiß (1820) eine weitere Verschiebung der geographischen Grenzen der Sklaverei. Seit 1828 gehörte die Unionsregierung fast ununterbrochen der sklavereifreundlichen Partei, die sich den Namen »Demokraten« beilegte.

Unter dem Einfluß der Julirevolution entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine neue Bewegung, die abolitionistische, die, unter der Führung von W. C. Garrison, die Abschaffung der Sklaverei auf ihre Fahne schrieb.

[1] Der Artikel war uns aus dem Ausland zugegangen und kam erst am 21. Mai in unsere Hände. Die Redaktion.

[2] Cottongin, eine Maschine zur Entfernung des Samens aus der Baumwolle.

So leidenschaftlich aber die Abolitionisten auch auf diese schreckliche Schande, auf dieses Brandmal, das dem Sternenbanner der Republik aufgedrückt war, hinweisen mochten, sie blieben trotzdem jahrelang politisch ganz machtlos. Einen ernsten Kampf mieden sie ebenso ängstlich wie ein Bündnis mit der jungen amerikanischen Arbeiterbewegung, die sich nach der Julirevolution in den nördlichen Staaten zu entwickeln begann. Die Übertreibungen der Abolitionisten führten umgekehrt zu einer Reaktion unter den Arbeitern, die der bloßen Abschaffung der Negersklaverei die Abschaffung der Sklaverei in jeder Form gegenüberstellten und ihrerseits in ein anderes Extrem verfielen.

Die Sklavenstaaten wurden mit jedem Jahre aggressiver. Fortwährende Ausdehnung des der Sklaverei erschlossenen Gebiets und fortwährende Verbreitung der Sklaverei war für sie ein Lebensgesetz. Um Argumente, die die nackten Interessen der Sklavenhalter ideologisch und politisch verhüllen sollten, waren die Demokraten nicht verlegen. Ist nicht Nordamerika das einzige Land in der ganzen Welt, in dem die weiße Rasse alle Freiheiten genießt? Ist nicht die Sklaverei der Angelpunkt des ganzen Wohlstandes, die »sicherste und festeste Basis der Demokratie in der ganzen Welt«?

Es galt somit, diese Basis noch mehr zu stärken und noch breiter zu machen. Dieses Ziel konnte durch Eroberung von fremden Ländern erreicht werden. Man schuf daher eine eigene Theorie, um die Expansionsbestrebungen des Südens als eine nationale Aufgabe hinzustellen. Panamerikanismus, Verbreitung der Zivilisation in den barbarischen zentralamerikanischen Staaten, Verwandlung des Stillen Ozeans in eine amerikanische Domäne — das war die „manifest destiny", die »offenbare Mission« der jungen amerikanischen Nation. Man annektierte Texas, man unterstützte heimlich und offen die piratischen Expeditionen der Flibustier gegen die zentralamerikanischen Staaten, man stellte die Eroberung von Kuba als Lebensfrage hin und versuchte die europäischen Verwicklungen während des Krimkriegs auszunutzen, um diese Annexion durchzuführen.

Man verfolgte aber dasselbe Ziel auch auf einem anderen Wege — durch die Verwandlung von Territorien in Sklavenstaaten. Bewaffnet mit demokratischen Argumenten, zum Beispiel dem der Volkssouveränität, beschönigten die Sklavenhalter alle Maßnahmen, die die Aufhebung aller geographischen und gesetzlichen Schranken der Sklaverei bezweckten, mit den klingenden Worten der Einheitlichkeit und des Patriotismus. Im Jahre 1850 führte die demokratische Regierung ein Gesetz zur Auslieferung von flüchtigen Sklaven durch, die in Staaten geflüchtet waren, in denen die Sklaverei ausgeschlossen war. Dadurch wurden für die Sklavenjäger auch die nördlichen Staaten zu ihrer Domäne. Man vereitelte alle Vorschläge, die neuen Ansiedlern in den Territorien ein bestimmtes Areal unbebauter Staatsländereien unentgeltlich sichern sollten, und wo das gesetzlich schwer durchzuführen war, traf man alle Vorkehrungen, um solchen Ansiedlern den Weg in die Territorien zu versperren. Durch die sogenannte Kansas-Nebraska-Bill von 1854 hob man die geographischen Grenzen der Sklaverei auf, die durch den Missourikompromiß gezogen waren, und öffnete somit der weiteren Ausbreitung der Sklaverei alle Türen. Man brauchte nur die Majorität der Ansiedler in einem Territorium zu gewinnen, um dort durch das »souveräne Volk« die Sklaverei zu legitimieren. Die Vermehrung der

Sklavenstaaten wird jetzt die Parole. Sie war auch das beste Mittel, die politische Macht in den Händen der Sklavenhalter zu erhalten. Wohl konnten die Demokraten im Repräsentantenhaus nur mit großer Mühe ihre Mehrheit aufrechterhalten, denn dort diente die Bevölkerungszahl als Grundlage für die Zahl der Vertreter, und die Bevölkerung der freien Staaten vermehrte sich weit rascher als die der Sklavenstaaten. Um so mehr konzentrierten die Sklavenhalter alle ihre Kräfte im Senat, wo jeder Staat durch zwei Senatoren vertreten war, unabhängig davon, wie groß seine Bevölkerungszahl. Daher der erbittertste Kampf in den neuen Territorien.

Im Jahre 1855/56 wurde der Schauplatz dieses Kampfes das Territorium Kansas. Mit Hilfe der Zentralregierung in Washington organisierte man zahllose Banden der sogenannten Border Ruffians (Grenzgesindel), die die Ansiedler durch die scheußlichsten Greueltaten aus den von ihnen kolonisierten Ländereien zu verjagen versuchten. Es wurden regelrechte Schlachten geliefert, Städte wurden belagert und zerstört. Im Norden bildete man Hilfsorganisationen, um die Ansiedler von Kansas mit Waffen, Geld und Leuten zu unterstützen. Zum ersten Male tauchte der Name des unerbittlichen Feindes der Sklaverei, John Brown auf. Im »blutenden Kansas« haben wir das Vorspiel des kommenden Bürgerkriegs.

II.

Es waren diese Ereignisse, die den Senator Charles Sumner veranlaßten, am 19. und 20. Mai 1856 im Senat eine Rede über »das Verbrechen gegen Kansas« zu halten. Der Redner gehörte zu der äußersten Linken der amerikanischen Whigs und zog sich schon durch seine heftige Opposition gegen das Sklavenjagdgesetz den grimmigen Haß der Sklavenhalter zu. Und jetzt ging er in der Hochburg der Sklavenhalter, dort, wo sie sich am sichersten fühlten, gegen sie in einer furchtbaren Anklagerede vor, wie sie bis dahin noch niemand ihnen ins Gesicht zu schleudern gewagt hatte. Aus einem lokalen Konflikt wurde ein nationaler Kampf. Alles, was man verheimlichen und vertuschen wollte, was man mit Berufung auf das heilige Gesetz der Verfassung für unverletzlich erklärte, wurde jetzt, entblößt von allem konventionellen Brimborium, in seiner ganzen abscheulichen Nacktheit vor dem Forum der ganzen Nation und der zivilisierten Menschheit angeklagt und mit dem richtigen Namen gebrandmarkt. Schwindel, sagte Sumner, ist die einzige entsprechende Bezeichnung für die Vereinigung von Gemeinheit und Ruchlosigkeit, die den Namen der Kansas-Nebraska-Bill trägt. Was als Schwindel geplant worden, wird jetzt als Verbrechen in der Praxis ausgeführt. Um die Beute für sich zu behalten, wird der ertappte Schleichdieb zum Mörder. Der zum Verbrechen ausgewachsene Schwindel ist die legitime Frucht der Hure (harlot) Sklaverei.

»Die letzte Hoffnung des nach Freiheit ringenden Menschengeschlechts, wie der Amerikaner so gern sein Land nannte,« sagt der nichts weniger als radikale Geschichtschreiber der amerikanischen Demokratie, Professor v. Holst, »mußte ein Gegenstand des Spottes, des Mitleids und der Verachtung werden, wenn die Faust nicht abgeschüttelt ward, unter deren eisernem Griff in Kansas schon das Blut hervorzuquellen begann, und das konnte nicht durch Schönfun und Beschwörungen geschehen. Ein Schlag ins Antlitz der Vergewaltiger, der sie taumeln machte, war das Mittel, das er versuchen

wollte. Sie sollten die ganze Wahrheit hören, unabgeschwächt durch Konventionalitäten, in den passendsten, das heißt in den drastischsten Ausdrücken. Ihr eigenes und ihrer Meisterin Spiegelbild wollte er ihnen zeigen, wie es vor seinem geistigen Auge stand; je mehr sie vor Wut beim Anblick des abschreckenden Fratzengesichtes erbebten, desto besser. Die ganze Rede ist von dem Gedanken getragen, daß es seine heilige Pflicht als Patriot und als Mensch sei, schonungslos mit ihnen ins Gericht zu gehen.« Schonungslos geißelte Sumner den Senator Butler, den Führer des südlichen Sklavenstaats, und den Senator Douglas, den Führer der nördlichen Demokraten und den geistigen Vater der Kansas-Nebraska-Bill. Mit beißendem Spott schilderte er den ersteren als den Don Quichotte und den zweiten als den Sancho Pansa der Sklaverei.

Nach seiner Rede, die keine Einmischung des Präsidenten des Senats, keinen Ordnungsruf herbeiführte, folgte eine kurze, aber sehr heftige Debatte. Mason und Douglas überschütteten Sumner mit Schmähungen und Schimpfworten. Eine deutliche Drohung konnte man aus der Frage heraushören, die Douglas an Sumner richtete, ob sein Zweck nicht etwa der gewesen sei, jemand zu provozieren, ihm wie einem Hund auf der Straße einen Fußtritt zu versetzen, um durch die gerechte Züchtigung Mitleid zu erwecken.

Sumners Freunde rieten ihm, auf der Hut zu sein. Er achtete aber auf diese Warnungen nicht. Am 22. Mai 1856 blieb er im Senatszimmer, wo er sich gewiß ganz sicher fühlte, und schrieb an seinem Pult. Da schlich sich an ihn ein Mann heran — es war Preston J. Brooks, Deputierter von South Carolina und Neffe Butlers — und gab ihm mit einem starken Guttaperchastock einen furchtbaren Schlag über den Kopf. Sumner richtete sich auf, aber eingekeilt zwischen seinem Sitz und dem Schreibpult konnte er sich nicht schnell zur Wehr setzen. Sein Gegner ließ weiter die Schläge auf Gesicht und Schädel mit außerordentlicher Schnelligkeit niedersausen, bis Sumner stark blutend zusammenbrach. Die Hure Sklaverei fand einen würdigen Zuhälter und Verteidiger. Zwei andere Deputierte, die in den Plan eingeweiht waren, hielten Wache, und die Senatoren Douglas, Slidell, Iverson, Toombs saßen ruhig im Nebenzimmer und schauten mit größtem Behagen zu.

Am 23. Mai beantragte Seward die Einsetzung einer Kommission. Der Antrag wurde gebilligt, aber keinem Parteifreund Sumners wurde eine Vertretung in der Kommission gewährt. Ohne ein Urteil abzugeben, begnügte sie sich mit der Feststellung, daß der Senat nicht zuständig sei. So kam die Angelegenheit an das Haus der Repräsentanten. Der Antrag, Brooks auszuschließen, wurde abgelehnt, aber der Meuchelheld kündigte seine freiwillige Demission an, um, wie er sagte, seinen Wählern die Möglichkeit zu geben, ihr Urteil über ihn zu fällen. Der unbeschreibliche Jubel, mit dem in den Sklavenstaaten seine Heldentat begrüßt wurde, ließ erwarten, daß seine Wiederwahl gesichert sei. Und das war tatsächlich der Fall.

Sumner, dem seine Gegner noch vorgeworfen haben, daß er mit seiner Krankheit nur eine Komödie spielte, mußte für einige Jahre auf jede politische Tätigkeit verzichten. Nur seiner außergewöhnlich starken Konstitution verdankte er es, daß er mit dem Leben davonkam. Die Folgen des ruchlosen Attentats hat er aber nie vollständig überwunden.

Die Rede Sumners bildet einen Wendepunkt in dem Kampfe gegen die Sklaverei. Sie war im besten Sinne des Wortes eine historische Tat. Sie riß allen offenen und verhüllten Verteidigern der Sklaverei die Maske vom Gesicht, und Brooks machte auch denen, die sich ängstlich hinter die Notwendigkeit, die Union aufrechtzuerhalten, versteckten, sonnenklar, daß der Zusammenstoß wirklich unvermeidlich geworden sei und daß diese Union nur durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die Sklavenhalter gesichert werden könne. Mit Recht sagte Seward im Kongreß, daß die Schläge, die auf Sumners Haupt fielen, für die Freiheit der Territorien mehr getan hätten als alle Reden, die je im Kongreß gehalten wurden. Diese Bedeutung tritt grell zutage schon während der Präsidentschaftswahlen von 1856, die den Gegnern der Sklaverei, der neuen republikanischen Partei, zwar noch nicht den Sieg, aber doch eine unerwartet große Stimmenzahl brachten.

Der Staat, dessen Vertreter im Senat Sumner war, Massachusetts, sorgte dafür, daß der Tag vom 22. Mai nicht vergessen werden konnte. Er wählte keinen neuen Senator und wartete einige Jahre, bis die hergestellte Gesundheit seinem Vertreter erlaubte, den alten Sitz einzunehmen. Diese Demonstration erwies sich als höchst wirksam.

»Der leere Sessel erzählte in jeder Sitzung dem Senat und dem Lande aufs neue die Geschichte, wie südstaatliche Senatoren mit Überlegung zugeschaut und sich nicht von ihren Sitzen gerührt hatten, als ein Repräsentant von South Carolina einen Senator von Massachusetts wegen einer Rede über die Sklavenfrage, die weder der Präsident des Senats noch ein Senator durch einen Ordnungsruf unterbrachen, überfallen und wie einen Hund in der Gasse geprügelt hatte, bis er blutüberströmt und besinnungslos zu seinen Füßen lag.«

Ende 1859 erschien Sumner wieder im Senat, und die erste Rede, die der trotzige Senator hielt, war die Rede über die Barbarei der Sklaverei. Am 6. November 1860 wurde Lincoln, der Sumner »sein Gewissen« nannte, zum Präsidenten erwählt. Die Sklavenstaaten proklamierten sofort die Sezession. So begann der Amerikanische Bürgerkrieg. Und am 1. Januar 1863 wurde die Sklaverei in den Vereinigten Staaten abgeschafft. Seit dem »niederschmetternden« Siege der Sklavenhalter und dem feigen Attentat gegen die Redefreiheit waren kaum sieben Jahre verflossen, und die in der Verfassung verbriefte, durch die »Naturgesetze« sanktionierte »Basis der Freiheit« gehörte der Vergangenheit an!

Nochmals die Frage der Dampfersubvention.

Von K. Kautsky.

Mein Artikel in Nr. 3 der Neuen Zeit über die »mahnende Erinnerung« an den Parteikonflikt des Jahres 1885 hat von verschiedenen Seiten Widerspruch hervorgerufen. So von seiten meines Freundes Dietz in Nr. 5 unserer Zeitschrift, so von seiten Molkenbuhrs und Frohmes im »Hamburger Echo«. Molkenbuhr habe ich dort geantwortet, auf die anderen Entgegnungen wollte ich anfangs gar nicht eingehen, denn eine Feststellung aller Details der Affäre drohte zu viel von unserem Raum für parteigeschichtliche Erörterungen in Anspruch zu nehmen, die bloß akademischen Charakter

haben und augenblicklich nicht auf genügendes Interesse rechnen dürfen. Der Punkt, auf den es mir ankam und der mir von aktueller Bedeutung erschien, wurde von keiner Kritik in Frage gestellt: die Tatsache, daß die Opposition gegen die Mehrheit der Fraktion 1885 weit entschiedener auftrat als heute, um eines unendlich geringeren Konfliktstoffs willen, und daß ein drohender Erlaß der Parteileitung gegen das Zentralorgan den Konflikt nicht dämpfte, sondern schürte. Daß dieser sein Ende fand durch die Ablehnung der geforderten Subventionen und durch die gütliche Einigung der Parteileitung mit der Redaktion des Zentralorgans. Nicht als abschreckendes Beispiel, sondern als Mahnung zur Nachahmung hatte ich diese letzteren Vorgänge der heutigen Mehrheit vorgehalten.

Da die Mahnung durch die Entgegnungen nicht an Gewicht verlor, glaubte ich, es dabei bewenden lassen und von einer nochmaligen Erörterung absehen zu dürfen und auch eine Reihe von Feststellungen, die mir von verschiedenen Seiten zugingen, nicht mitteilen zu müssen.

Nun veranlaßt mich eine Mitteilung des Genossen Georg Schumacher, Solingen, doch noch einmal auf die Frage zurückzukommen. Schumacher (geboren 1844 zu Köln), war 1884 in den Reichstag gewählt worden und gehörte zur Mehrheit der Fraktion, die der Regierungsvorlage über die Dampfersubventionen freundlich gegenüberstand. Der Engelssche Brief, den ich zitierte, auf den sich Liebknecht im »Sozialdemokrat« berief, war an Schumacher gerichtet gewesen. Die Gelegenheit, über diesen Brief Authentisches zu erfahren, kehrt vielleicht nicht mehr wieder, daher sei hier veröffentlicht, was Genosse Schumacher uns »zur Entstehungsgeschichte der Engelsschen Intervention« mitteilt. Er schreibt:

Ich war mit Marx und Engels seit 1872 persönlich bekannt, habe auch einen Winter hindurch in London gearbeitet, währenddem ich mehrere Male von den Genannten Einladungen erhielt, um ihnen nähere Auskunft zu geben über verschiedene ihrer damals noch lebenden Freunde und Gegner aus der Zeit der »Neuen Rheinischen Zeitung« und der Periode des Kölner Kommunistenprozesses, der mir durch den Besitz des einzigen umfangreichen Verhandlungsberichts bis in alle Einzelheiten bekannt war. Überhaupt waren die Kölner und Solinger Genossen in London sowieso gut angeschrieben, weil sie, im Gegensatz zu Barmen-Elberfeld und Düsseldorf, sofort nach Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation in dieselbe eintraten und immer mit London Fühlung hielten. Im Jahre 1873, als Bebel und Liebknecht auf Hubertusburg interniert waren, unterbreiteten Hamburger Genossen dem damaligen Parteikongreß in Eisenach einen Antrag, der lautete: »Diejenigen sozialdemokratischen Blätter Deutschlands, welche gleich dem ‚Volksstaat' das Parteiprogramm vertreten, haben sich in persönlichen und taktischen Parteifragen den Parteibehörden unterzuordnen; im Weigerungsfall ist ihnen jede moralische und materielle Unterstützung seitens der Partei zu entziehen.« Da wandten sich die Londoner an die rheinischen Delegierten, damit sie gegen die versuchte »Einbürgerung des Gamaschengeistes« in die Partei ganz energisch Front machen sollten.

Auf dem Kongreß wurde der Antrag zurückgezogen zugunsten eines ähnlichen von Augsburg eingebrachten, der dann Ablehnung fand. Ebenso interessierten sich die beiden Alten später für die »Kölner Freie Presse«, in der ein junger Jurist in Fachkreisen Aufsehen erregende Interpretationen über die »Marxsche Werttheorie« veröffentlichte, die sowohl dem Meister selbst wie Engels im höchsten Grade imponierten. Diese und noch andere wichtige Vorgänge im Parteileben, die jedoch hier nicht in Betracht kommen, hatten meine Bekanntschaft mit Engels vor meinem

Eintritt in den Reichstag erneuert und gefestigt, worauf wohl mit zurückzuführen ist, warum nicht ein erfahreneres Mitglied des Reichstags mit dem mehr als ein Dutzend Briefseiten umfassenden Schreiben unseres Altmeisters bedacht wurde. Vorab schrieb er mir jedoch — ich weiß bis heute nicht bestimmt, wer ihn gegen mich mobil gemacht hatte —, er habe gehört, daß ich in der Fraktion leidenschaftlich für die Gewährung von Dampfersubventionen eingetreten sei, ich solle ihm doch mitteilen, warum? Seiner Auffassung nach befinde ich mich diesmal auf dem Holzweg usw. Ich habe ihm darauf über die Beweggründe der von ihm gerügten Stellungnahme der Majorität der Fraktion zweimal eingehende Eröffnungen an der Hand der Vorlage gemacht....

Darauf erhielt ich fast postwendend den mehr als ein Dutzend Seiten umfassenden Brief, den ich Liebknecht auf seinen Wunsch zur Benutzung für den »Sozialdemokrat« einhändigte. Engels sagte einleitend, daß es allerdings bei der von mir geschilderten Lage der Dinge nicht ratsam erscheine, die Subventionen glatt abzulehnen. Die Vorlage werde aber wohl auch ohne unsere Stimmen zur Annahme, wenn auch nicht in unserem Sinne, gelangen. Wir müßten daher für unsere Mitwirkung uns nicht bloß mit der Voraussetzung begnügen, daß bei etwaigem Einlauf größerer Aufträge aus den so mit uns in erleichterten Verkehr getretenen Absatzgebieten für die beteiligten Arbeiter ebenfalls der standard of life gehoben werde, sondern nur dann unsere Einwilligung geben, wenn wie hier der Bourgeoisie auch den Arbeitern direkte Staatshilfe zuteil werde. Es hieß dann wörtlich, wie der »Sozialdemokrat« richtig zitierte und auch von Kautsky hervorgehoben wird:

> Gebt ihr (die Regierung) uns 4 bis 5 Millionen jährlich für Arbeitergenossenschaften (nicht Vorschuß, sondern Schenkung, wie für die Reeder), dann lassen wir mit uns reden. Gebt ihr uns Garantien, daß in Preußen die Domänen statt an Großpächter oder an Bauern, die ohne Taglöhnerarbeit existenzunfähig sind, an Arbeitergenossenschaften ausgepachtet werden sollen, daß öffentliche Arbeiten an Arbeitergenossenschaften statt an Kapitalisten verdungen werden, gut, wir wollen ein übriges tun. Wenn nicht, nicht. Wenn die Fraktion solche Vorschläge macht, wofür natürlich die richtige Form gefunden werden muß, dann wird niemand den sozialdemokratischen Abgeordneten vorwerfen können, sie vernachlässigten über der Zukunft die gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeiter.

Engels hatte dabei jedoch tatsächlich, wie Kautsky richtig vermutet, nicht erwartet, daß sein Vorschlag hinsichtlich der Staatshilfe für Genossenschaften, wenn von uns formuliert, von der Regierung oder den bürgerlichen Parteien akzeptiert werden würde, was er ausdrücklich hervorgehoben hatte, was jedoch aus sehr naheliegenden Gründen von Liebknecht nicht veröffentlicht wurde. Liebknecht wollte selbst von dem im »Sozialdemokrat« als »beachtenswert« und »sehr praktisch« bezeichneten Vorschlag in der Fraktion nichts wissen....

Am Schlusse noch einige Worte über das Schicksal der Zuschrift von Friedrich Engels. Bei einer Hausdurchsuchung fiel dieselbe in die Hände der Polizei, die dieselbe mir jedoch, da sie nichts Gravierendes darin zu entdecken vermochte, bevor sie die anderen Fundobjekte zum Untersuchungsrichter schickte, wieder einhändigte. Um das kostbare Dokument nicht noch einmal einer etwaigen Beschlagnahme auszusetzen, wurde es in einer Flasche geborgen in die Erde begraben, in der es, weil die Glashülse nicht genügend verkorkt, durch Wasser zugrunde gegangen ist.

So viel darüber. Im übrigen, meint Schumacher, ebenso wie Dietz, die Opposition sei nicht sehr bedeutend gewesen, ein Sturm im Glase Wasser.

Da wir nun die Frage noch einmal aufgerollt haben, sei auch aus den andern uns zugesandten Mitteilungen einiges erwähnt. Genosse Adolf

Geck macht uns auf einen Brief Liebknechts aufmerksam, der in der »Züricher Post«, Mai 1885, erschien. Liebknecht entschuldigte dort den Erlaß der Fraktion gegen das Zentralorgan, fügte aber hinzu, es lasse sich über die Zweckmäßigkeit des Erlasses streiten. Er selbst gehöre zu den entschiedensten Gegnern der Dampfersubventionsvorlage und habe auch nicht für den Erlaß gestimmt. Trotzdem hat Genosse Molkenbuhr von mir jüngst frischweg behauptet, ich hätte die Liebknechtsche Opposition erfunden, weil ich sie brauchte.

Endlich sei noch eines alten Genossen gedacht, der Bebel sehr nahe stand. Er wendet sich gegen die Behauptung, die Opposition gegen die Dampfersubvention sei zum großen Teil der emsigen Agitation Bebels gegen die Fraktion zuzuschreiben gewesen. Dieser habe vielmehr, trotz seiner leidenschaftlichen Opposition, auffallende Zurückhaltung geübt. Der betreffende Genosse bemerkt:

> Ich selbst habe erlebt, daß Bebel bei zufälliger Anwesenheit (auf einer Geschäftsreise) in Frankfurt a. M. es ausdrücklich ablehnte, an einer Versammlung teilzunehmen, weil die Dampfersubvention beraten werden sollte.

Dem seien einige Richtigstellungen hinzugefügt, die ich für meine Person zu machen hätte.

Freund Dietz schreibt:

»Die Erregung der Minderheit vor 31 Jahren findet ihre Erklärung in dem damals herrschenden Sozialistengesetz, unter dem alle gleichmäßig litten, und — in dem heiligen Gral in Zürich, dessen Ritter, Bernstein und Kautsky voran, auf dem Kopf standen, als sie die Mär von der Reise nach Ostasien und Australien vernahmen.«

Ich will durchaus nicht in Abrede stellen, daß ich damals zu jener akrobatischen Übung fähig und geneigt gewesen wäre. Aber ich fand keine Gelegenheit dazu, denn unmittelbar vor dem Ausbruch des Konflikts, im November 1884, hatte ich Zürich und seinem »Gral« den Rücken gekehrt und mich nach Wien begeben. Von dort reiste ich im Januar 1885 nach London über Berlin, wo ich Bebel und Liebknecht sprach. Von ihnen, dann aus den Briefen Bernsteins und endlich von Engels wurde ich über die Interna der Affäre unterrichtet. Engels, der aus den verschiedensten Teilen Deutschlands informiert wurde, schätzte die Opposition nicht so geringfügig ein, wie es jetzt Dietz und Schumacher tun.

In seinem Brief an Sorge vom 3. Juni 1885 schrieb er über die Dampfersubvention:

> Es kam fast zur Spaltung, was jetzt, solange das Sozialistengesetz dauert, nicht wünschenswert.

Wie in bezug auf mich, irrt Dietz auch darin, daß er Bernstein als die Haupttriebfeder des damaligen Konflikts nennt. Als Redakteur des Zentralorgans hatte dieser allerdings mehr damit zu tun als ich, aber nicht vom Zentralorgan, sondern von der Mitgliedschaft Zürich wurde die Fahne der Rebellion gegen die Fraktionsmehrheit erhoben. Nicht Bernstein war dabei das treibende Element, sondern, soweit es auf einzelne Persönlichkeiten ankam, Motteler, der rote Postmeister, und Richard Fischer.

Darin jedoch stimme ich Dietz vollständig zu, daß die Frage der Dampfersubvention an sich viel zu unbedeutend war, ausreichenden Anlaß zu einer

Spaltung zu geben. Wenn sie an manchen Stellen so leidenschaftliche Opposition hervorrief, lag das an der damaligen Atmosphäre. Trotzdem gab es keinen unter uns, der nicht befreit und befriedigt aufatmete, als der Konfliktstoff verschwand und die Einheit der Partei gesichert war. Das aber, ich wiederhole es, gelang durch die Einmütigkeit der Opposition gegen die Regierung und nicht durch strafende Erlasse gegen das Zentralorgan.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Ernteaussichten und Lebensmittelversorgung.

Stand der Saaten in Deutschland. — Getreideanbau hinter der Front. — Die Futtermittelfrage. — Die Fleischnot. — Verminderung des Viehbestandes. — Organisation der Viehverteilung. — Ein bayerisches Muster für die Kartoffelversorgung. — Saatenstand in Österreich-Ungarn und Rumänien. — Rumäniens Getreidevorräte. — Englands und Frankreichs Ernteaussichten. — Weizen- und Kartoffelpreise in London.

Berlin, 23. Mai 1916.

Das Wetter scheint sich in diesem Jahre auf die Seite der Mittelmächte schlagen zu wollen. Fast aus allen Gauen Deutschlands lauten die Meldungen über den Stand der Getreidesaaten wie über das Aussehen der Wiesen, Weiden und Kleefelder gleich günstig, so daß die Ernte dieses Mal eine weit bessere als im vorigen Jahre zu werden verspricht. Die Wintersaaten, besonders der Roggen, sind vielfach in einer Üppigkeit durch den verhältnismäßig milden Winter in die Frühjahrszeit hineingekommen, wie seit Jahren nicht mehr. Und auch die Sommerung läßt im ganzen wenig zu wünschen übrig. Die Trockenheit in der zweiten Hälfte des April und den ersten beiden Wochen im Mai hat nichts geschadet, da der Winter meist reichliche Nässe hinterlassen hatte; und als auf leichterem Ackerboden die Trockenheit gefährlich zu werden drohte, setzte der Regen ein. Die jetzige kühlere Temperatur mit abwechselnden Regenfällen ist durchaus nach dem Wunsche der Landleute. Auch die befürchteten Rückschläge durch verspätete Nachtfröste sind, abgesehen von einigen wenigen kleinen Landstrichen, ausgeblieben.

Und nicht nur die Getreidesaaten stehen gut, auch die Wiesen und Weiden tragen reichen üppigen Graswuchs, so daß in diesem Jahre viel früher als sonst mit dem Weidebetrieb und dem ersten Grasschnitt begonnen werden konnte. Und ebenso ist die Obstblüte günstig verlaufen. Die Bäume haben gut abgeblüht und zeigen reichlichen Fruchtansatz. Zwar ist nicht ausgeschlossen, daß noch spätere Witterungsunbilden die Hoffnung auf reiche Ernteerträge schmälern. War es auch im vorigen Frühjahr um die Wintersaaten weit schwächlicher bestellt als dieses Mal, so wurde doch der mittelmäßige Ernteausfall vor allem durch die andauernde Trockenheit im Juni und Juli verursacht. Möglich wäre also immerhin, daß auch in diesem Jahre noch hinterher durch Witterungseinflüsse das Ernteergebnis stark beeinträchtigt wird; doch müßten schon recht abnorme Wetterverhältnisse eintreten, wenn die Ernte das gleich geringe Resultat liefern sollte wie im Jahre 1915, da die Saaten diesmal viel entwickelter sind.

Dazu kommt, daß im vorigen Frühjahr der östliche Teil Ostpreußens, da er bisher vom Feinde besetzt gewesen war, nur in geringem Umfang mit

Sommersaaten bestellt werden konnte, während in Galizien infolge des dort im Mai einsetzenden Wiedereroberungskampfes der größte Teil des Getreides völlig verloren ging. In diesem Jahre reifen dagegen wieder Winter- und Sommersaaten auf den blutgedüngten Ackerfluren und tragen ihren Teil zur Ernährung bei. Und nicht nur dort, auch in den einzelnen eroberten weiten Gebieten Kurlands, Litauens, Polens, Wolhyniens sind hinter den Fronten auf Betreiben der deutschen Verwaltungen die zerstörten Felder wieder angebaut worden. Vielfach haben im Osten stehende, vom Front- und Etappendienst beurlaubte Mannschaften sie bebaut. Und ebenso ist in Belgien und den hinter der Kampfzone liegenden Teilen Nordfrankreichs darauf gehalten worden, die verwüsteten Fluren nicht brach liegen zu lassen.

Wenn auch nicht mit völliger Sicherheit, so ist demnach doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß nach der Ernte im Herbst sich die Ernährungsmöglichkeiten für die deutsche Bevölkerung wesentlich verbessern werden, nicht nur was Brotgetreide, Obst und einige Gemüsearten anbetrifft, sondern auch was die Futtermittel für das Vieh anbelangt. Heu und Klee werden reichere Erträge bringen, und daneben wird auch dem Vieh voraussichtlich wieder in größerem Maße Körnerfutter zugeteilt werden können. Vielleicht kann auch die jetzige starke Ausmahlung des Roggens und Weizens etwas herabgesetzt werden, so daß das zum Brotgebäck verwandte Mehl verbessert wird und zugleich ein größerer Kleieertrag für das Nutzvieh abfällt.

Auf dem Futtermittelmarkt machen sich bereits die Folgen dieser günstigen Verhältnisse bemerkbar. Da das Vieh jetzt teilweise Grünfutter erhält, ist die Nachfrage nach sogenannten Winterfuttermitteln beträchtlich zurückgegangen. Spreumehl ist im Preise gefallen, und Mais ist kein so begehrter Artikel mehr wie noch vor einigen Wochen. Vielmehr beginnen sich bereits ansehnliche Mengen dieses Körnerfutters anzusammeln.

Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, *den Viehbestand besser zu nähren und ihn wenigstens teilweise wieder aufzufüttern*, also auch die Produktion von Fleisch, Milch, Butter besser zu gestalten; ist doch, abgesehen von einigen anderen Dingen, an der Butternot in erster Linie die schlechte Ernährung der Milchkühe und die daraus resultierende geringe Milchergiebigkeit schuld. Vorbedingung wäre freilich, daß endlich eine bessere Regelung des Futtermittelvertriebs erfolgt und nicht eine Ernährungspolitik fortgesetzt wird, die der einfachen Frage ausweicht, was unter den heutigen Kriegsverhältnissen am besten der Volksernährung dient, und vor allem die sogenannten berechtigten Gewinninteressen bestimmter einflußreicher ländlicher Produzentenkreise schonen möchte.

Freilich, solange der Krieg dauert, ist selbst bei der besten Organisation an die Rückkehr sogenannter »normaler Fleisch-, Milch- und Butterverhältnisse« nicht zu denken, mag auch immer wieder von kritiklosen Optimisten das Gegenteil behauptet werden; denn erstens hat Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich jährlich an 8 Millionen Tonnen Futtermittel eingeführt, und den Wegfall dieser Einfuhr vermag auch eine reichliche Futtermittelernte nicht auszugleichen; zweitens ist nicht nur der jetzige Viehstand kleiner wie vor dem Kriege, er ist auch zu einem starken Teil unterernährt; und drittens geht ein großer Teil der Fleischproduktion an die Truppen im Felde — sicherlich von Rechts wegen.

Immerhin ließe sich wenigstens eine teilweise Beseitigung der jetzt in manchen Gegenden bestehenden Fleischnot erreichen, wenn im ganzen Reich eine einheitliche Organisation für die Futterverteilung durchgeführt und der Viehstand einigermaßen der vorhandenen Futtermenge angepaßt, das heißt entsprechend dem zur Verfügung stehenden Quantum reduziert würde. Heute besteht allgemein bei den Behörden das Bestreben, die Viehbestände möglichst auf der Höhe zu halten und durch die jetzige kritische Zeit zu bringen, damit nach dem Kriege möglichst wenig zu ergänzen bleibt. Es ist gewissermaßen die schöne Theorie vom Status quo ante auf den Viehstand übertragen. Begreiflich ist dieses Streben sicherlich, ob aber auch in Anbetracht der heutigen Umstände rationell, das ist eine andere Frage. Die Folge ist nämlich, daß der Viehbestand zwar einigermaßen auf der Höhe bleibt, daß aber andererseits ein großer Teil des Viehes sich geradezu durchhungern muß und infolge der ungenügenden Fütterung mehr und mehr an Qualität verliert. Besonders gilt das von den Milchkühen: eine Tatsache, aus der sich zum großen Teil die beträchtliche Abnahme der Milch- und Butterproduktion erklärt.

Volkswirtschaftlich richtiger, wenn auch vielleicht nicht für den einzelnen Viehhalter nützlicher, wäre es jedenfalls, wenn der Viehstand entsprechend der Futtermittelmenge vermindert worden wäre, dafür aber das zur Aufzucht bestimmte Vieh eine nutzbringende Fütterung erhielte, die wenigstens im letzten halben Jahre zum großen Teil ausgeschlossen war. Wäre dabei darauf Rücksicht genommen, daß ganz besonders das Milchvieh geschont und gut gefüttert worden wäre, dann würde nicht nur die jetzige Milch- und Butterproduktion eine beträchtlichere sein, sondern wir hätten auch mehr Fleisch und Fett.

Mir scheint in dieser Hinsicht ein Vorschlag des Oberamtmanns Rabbethke in Kleinwanzleben höchst beachtenswert, den dieser in einigen mit reichlichem Zahlenmaterial ausgestatteten Denkschriften an den Reichstag gerichtet hat. Der Genannte führt darin aus, wenn der Schweinebestand um ungefähr 50 Prozent, der Rindviehbestand um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt würde, so könnte der dann übrigbleibende Rest ausreichend ernährt werden, ohne daß irgendwelches Brotgetreide zur Fütterung herangezogen werden müßte. So heißt es zum Beispiel in seiner letzten Denkschrift (vom 9. Mai 1916): »Vom Oktober etwa an wird die sichere Wirkung sein: weniger Fleisch als im Frieden (etwa 60 Prozent der Friedensmenge), aber mehr Fleisch als im Frühjahr 1916, gleichmäßig auf das ganze Volk verteilt, zur Hälfte der jetzigen Preise. Sehr viel Fett mehr als die letzten sechs Monate zum selben Preise. Ferner Mehl, Mehlprodukte und Brot mehr wie ausreichend zum Sattwerden. Kartoffeln sehr reichlich. Brot und Kartoffeln zu etwa gleichem Preise, aber in viel größeren Mengen als dieses Jahr. Unabhängigkeit von teurer Einfuhr.«

Das mag vielleicht optimistisch gefärbt erscheinen; unzweifelhaft liegt aber viel Richtiges in dieser Auffassung. Ergänzt müßte freilich diese Herabsetzung des Viehbestandes durch eine Reichszentrale für Viehverteilung werden, die auf Grund der zur Verfügung stehenden Viehmengen nach Abzug des Heeresbedarfs die ungefähr auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Fleischmenge fest-

stellt und den Gemeindeverbänden und Städten eine bestimmte Anzahl Kreise zuweist, aus denen sie regelmäßig die ihnen zukommende Viehmenge beziehen können. Die Gemeindebehörden hätten dann Fleischkarten nach Vorschrift auszugeben und den in der Gemeinde wohnenden Schlächtern eine entsprechende Menge des abgeschlachteten Viehes zum Verkauf gegen solche Fleischkarten zuzuteilen oder eigene Fleischverkaufshallen einzurichten. Selbstverständlich müßten bei dieser Viehverteilung der Reichszentrale die von manchen wohlhabenden Städten eingehamsterten enormen Fleischmengen (in den Kühlhäusern Frankfurts a. M. lagern zum Beispiel an 5 Millionen Pfund Rind- und Schweinefleisch) mit berücksichtigt und die Lebensmittelspekulanten zur Auslieferung der von ihnen zurückgehaltenen Würste, Schinken, Fleischkonserven usw. zu bestimmten, festgesetzten Preisen gezwungen werden.

Solche Verteilungsorganisation zustande zu bringen, muß eine der ersten Aufgaben des neuerrichteten »Kriegsernährungsamts« sein. Daneben müßte endlich die Kartoffelbeschaffung dem privaten Handel entzogen und gleichmäßig geregelt werden, damit sich nach der nächsten Kartoffelernte nicht die Vorfälle wiederholen, unter denen im vorigen und zu Anfang dieses Jahres die Versorgung vieler Stadtgemeinden mit Kartoffeln litt. Ein gutes Schema für diese Organisation liefert die Einrichtung der Landeskartoffelzentrale in Bayern, die bisher im ganzen gut funktioniert hat.

Auch die Berichte über den Saatenstand in Österreich-Ungarn lauten befriedigend, wenn auch nicht ganz so günstig wie aus den meisten deutschen Landesteilen. Die ungarische Tiefebene hatte den Meldungen nach teilweise unter zu lange andauerndem Regen zu leiden. Dadurch soll auf den Weizenfeldern verschiedentlich Blattrost angesetzt haben; auch soll nach vorläufigen Schätzungen die mit Sommersaaten bestellte Fläche etwas kleiner sein als in den Jahren vor dem Kriege.

Für die Versorgung der Mittelmächte mit Weizen, Futtergerste, Futtermais und Hülsenfrüchten spielt unter den heutigen Kriegsverhältnissen, nachdem die rumänische Regierung ihre Politik der Verhinderung des Getreideexports nach Mitteleuropa aufgegeben hat, Rumänien die erste Rolle, zumal es endlich so ziemlich gelungen ist, für genügendes Eisenbahnwagenmaterial zum Abtransport zu sorgen. Auch dort ist, wenn auch nicht gerade, wie im Vorjahr, auf eine Rekordernte, so doch auf eine reichliche Mittelernte zu rechnen. Zudem sind noch große Massen der alten Vorräte vorhanden. Nach der Angabe des Statistischen Bureaus des rumänischen Finanzministeriums sind im Jahre 1915 an Getreide und Saat nur 691 929 Tonnen ausgeführt worden, hingegen 1914 1 955 387, 1913 2 809 890 und 1912 gar 2 841 630 Tonnen. Infolge dieses verhältnismäßig geringen Exports im letzten Jahre betrugen nach der amtlichen Aufnahme am 1. Februar dieses Jahres die Vorräte noch 3 552 624 Tonnen gegen 1 894 117 Tonnen am 1. Februar 1915. Zum weitaus größten Teil bestand dieser Vorrat aus Mais (1 461 458 Tonnen), Weizen (1 201 681 Tonnen) und Gerste (488 367 Tonnen).

Viel ungünstiger stellen sich die Aussichten für die Länder des Vierverbandes. Nach englischen Blättern kann England ebenfalls auf eine gute Weizenernte rechnen, aber das kommt für dieses Land viel weniger in Betracht, da England den größten Teil seines Weizenbedarfs importiert,

durchschnittlich 6 bis 7 Millionen Tonnen. Seit der letzten Ernte (das neue Erntejahr beginnt mit dem 1. September) bis zum 1. Mai dieses Jahres hat es trotz einer guten Ernte rund 3,8 Millionen Tonnen importiert gegen 3,6 Millionen im selben Zeitraum des vorigen Erntejahres.

Viel ungünstiger liegen die Verhältnisse in Frankreich. Der letzte französische Saatenbestandsbericht beziffert den Stand für Winterweizen mit 69, für Roggen mit 70, für Mischfrucht mit 71. Da ein sehr guter Saatenstand mit 100, ein guter mit 80, ein ziemlich guter mit 60 bezeichnet wird, bedeuten die obigen Ziffern eine gute Mittelernte; aber da es im vorigen Herbst an Arbeitskräften fehlte und Beurlaubungen der im Felde stehenden Landleute nur in geringer Zahl erfolgt sind, hat sich die mit Wintersaaten bestellte Fläche sehr verringert. Teilweise hätte ein stärkerer Anbau von Sommerweizen diese Abnahme des Wintersaatenareals auszugleichen vermocht; während der Saatzeit herrschte aber vielfach in den südlichen Gegenden eine derartig ungünstige Witterung, daß die erhoffte Ausdehnung des Anbaues unterblieben ist.

Ähnliches wird aus Italien gemeldet. Der Saatenstand soll zwar durchweg ein recht guter sein, die Anbaufläche hat aber wiederum abgenommen.

Die Folge kann nur sein, daß England, Frankreich, Italien im kommenden Jahre noch viel größere Zuschüsse aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien gebrauchen werden als bisher. Weder in Kanada noch in der nordamerikanischen Union ist aber auf eine auch nur annähernd gleich gute Weizenernte zu rechnen wie im vorigen Jahre, in dem die Vereinigten Staaten den höchsten Weizenertrag einzuernten vermochten, den sie je erreicht haben. Blieb diesmal schon die Anbaufläche des Winterweizens um ungefähr 4 Millionen Acres hinter der vorjährigen zurück, so haben die Winterfröste in den Weststaaten ein übriges getan. Nun war zwar im vorigen Jahre die große Weizenernte weit mehr als der Wintersaat dem ausgedehnten Anbau von Sommerweizen zu danken, aber nach den übereinstimmenden Nachrichten scheint auch die Frühjahrsbestellung hinter der vorjährigen weit zurückgeblieben zu sein.

Das sind schlechte Aussichten für England und seine Verbündeten, denn an ein Sinken der hohen Schiffsfrachtsätze ist während der Kriegszeit nicht zu denken. Schon jetzt stehen dort die Weizenpreise höher als in Deutschland. Selbst London hat um 6 bis 10 Prozent höhere Weizenpreise als Berlin, und doch standen im Februar und März die englischen Preise noch um 12 bis 15 Prozent höher als jetzt. Guter nordamerikanischer Weizen kostete zum Beispiel in der ersten Maiwoche in London 60 bis 62 Schilling pro Quarter, argentinischer Weizen 54 bis 56 Schilling, während letzterer vor dem Kriege nur 24 bis 26 Schilling kostete. Noch mehr sind die Preise für Kartoffeln emporgeschnellt, die zwar in England nicht in gleichem Maße ein Volksnahrungsmittel sind wie in Deutschland, jetzt aber dort ebenfalls mehr gekauft werden als früher. Der Kleinverkaufspreis in London beträgt zurzeit $1^1/_2$ bis $1^3/_4$ Pence pro englisches Pfund (9 deutsche sind ungefähr 10 englische Pfund), ein deutsches Pfund würde also 14 bis 16 Pfennig kosten.

Heinrich Cunow.

Das Bevölkerungsproblem nach dem Kriege.

Von Otto Meier (Berlin).

Das Problem der Bevölkerungspolitik dürfte nach dem Kriege eines der wichtigsten vom Standpunkt des Volkswirtschaftlers werden. In Anerkennung dieser Tatsache haben weite bürgerliche Kreise bereits Vorsorge getroffen, die durch den Krieg dezimierten Menschenmassen wieder zu ergänzen, indem sie Organisationen gegründet haben, welche mit allen Mitteln Propaganda für Bevölkerungspolitik betreiben sollen. Die Triebkräfte dieser Propaganda sind weder ethischer noch moralischer Natur, sie entspringen dem natürlichsten Bedürfnis jener Kreise auf rein militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Offenbar sind jene Kreise nicht so optimistisch wie Genosse Matkutat, der in seinem Artikel »Bevölkerungspolitik und Frauenarbeit« (Neue Zeit, XXXIV, 2, S. 58 ff.) das Folgende sagt:

»Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit dem Ende des Krieges eine erhebliche Zunahme der Eheschließungen und damit der Geburten eintreten wird. Eine ähnliche Zunahme läßt sich für die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 konstatieren.«

Soweit sich die Verhältnisse bis jetzt übersehen lassen, können die des siebziger Krieges nicht nur, wie Matkutat weiter meint, »nicht uneingeschränkt« mit denen des jetzigen Völkerkriegs in Vergleich gezogen werden, sondern sie kommen für die Beurteilung der gegenwärtigen überhaupt nicht in Frage.

Gerade die durch den Krieg immens gesteigerte gewerbliche Frauenarbeit ist die Klippe, an der aller Voraussicht nach die Propaganda der bürgerlichen Vereinigungen und die Hoffnung Matkutats scheitern werden. Diese Behauptung aufstellen heißt sie auch beweisen.

Die Erfahrungen, die der Kapitalismus während des Krieges mit der gewerblichen Arbeit williger und billiger Frauen gemacht hat, zeitigen sicher Nachwirkungen in der Form, daß nach dem Kriege die Nachfrage nach der Frauenarbeit bedeutend höher sein wird als vorher. Und die Nachfrage wird um so mehr auf ein williges Angebot stoßen, als zahlreiche, vor dem Kriege nicht erwerbstätig gewesene Frauen und Mädchen ihre Ernährer verloren haben und solchermaßen gezwungen sind, den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen selbst zu suchen. Bis jetzt hat aber die Erfahrung gelehrt, daß die gewerbliche Arbeit unverheirateter Mädchen Grund genug war, diese von der Verheiratung und damit von der Fortpflanzung abzuhalten. Es ist unter den heutigen Zuständen bis zu einem gewissen Grade begreiflich, daß die Durchschnittsarbeiterin ihre Freiheit und Selbständigkeit nicht gerne mit den vielerlei Sorgen und Pflichten der Familie und des Hausstandes vertauschen will. Soll aber die Produktion auf ihrer ursprünglichen Höhe gehalten werden, so wird das Unternehmertum angesichts des offenbaren Mangels an männlichen Arbeitskräften nach dem Kriege ohnehin nicht anders können, als zum Ersatz weibliche Arbeitskräfte heranzuziehen.

Es kommt noch eine Reihe weiterer Momente hinzu, die im Gegensatz zum siebziger Kriege die Zahl der Eheschließungen ungünstig beeinflussen werden.

Die Tatsache, daß in dem jetzigen Kriege Millionenheere, wie sie die Weltgeschichte nie zuvor gesehen hat, gegeneinander geführt werden, bedingt die enorm hohe Zahl der Todesopfer auf allen Seiten. Es leuchtet ein, daß diese Unglücklichen gerade die sind, welche für die Fortpflanzung am ehesten in Betracht kommen. Es sind, wie Professor Paul Natorp in seinem Artikel[1] »Die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege« sagt:

»... die für die Fortpflanzung der Nation leiblich, geistig und sittlich entscheidenden Jahrgänge, deren Reihen am grausamsten gelichtet werden....«

Bestand schon vor dem Kriege ein erheblicher Frauenüberschuß in den höheren Altersklassen, so werden wir nach dem Kriege zweifellos mit einem erheblichen Frauenüberschuß in den jüngeren Jahresklassen rechnen müssen.

[1] Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, S. 197, Leipzig 1915.

Schon hieran dürfte die Absicht alter und neugegründeter bürgerlicher Vereinigungen, durch frühe Heiraten den zu erwartenden Ausfall an Nachwuchs wenigstens zum Teil auszugleichen, kläglich scheitern. Zudem besteht die Befürchtung, daß die als dauernde Krüppel oder als zeitlebens krank Zurückkehrenden sich aus Verantwortlichkeitsgefühl hüten werden, zu heiraten und Nachkommen zu erzeugen, für deren Existenz und Erziehung sie keine Gewähr übernehmen können.

Das Verantwortlichkeitsgefühl war schon vor dem Kriege derjenige Faktor, der die Einschränkung der Kinderzahl in den Ehen förderte, und er wird es nach dem Kriege in steigendem Maße bleiben. Seltsamerweise begründet Professor Natorp im oben erwähnten Aufsatz diese Einschränkung als »atemlose Jagd nach Besitz, Reichtum und Genuß«. Diese Begründung bedarf angesichts der traurigen Verhältnisse der Arbeiter keiner Widerlegung. Man braucht kein Pessimist zu sein, um angesichts dieser Tatsachen die Hoffnung auf Vermehrung der Eheschließungen und der Geburten in das Reich der Träume zu verbannen.

Auch Genosse Makutat gibt zu, daß nach dem Kriege eine allzu weitgehende Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit nicht zu erwarten ist, und folgert daraus mit Recht schwere gesundheitliche Schäden, die letzten Endes nicht ohne Einfluß auf die Gebärfähigkeit der Frauen bleiben können; man kann sich daher seinen Forderungen auf gesetzmäßige Beschränkung der Frauenarbeit, auf eine Förderung der Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge nur anschließen. Besonders das letzte sollte für alle Bevölkerungspolitiker mit das Wichtigste sein.

Es ist eine unbestreitbare, traurige Tatsache, daß die Kindersterblichkeit in Deutschland erschreckend hoch ist. Allerdings muß zugegeben werden, daß Deutschland hierin noch von Rußland, Österreich und den Balkanländern übertroffen wird. Aber einer Säuglingssterblichkeit in Deutschland von 15,1 Prozent im Jahre 1913 standen gegenüber in Belgien 12 Prozent, in England 9,5 Prozent, in Schweden 7,2 und in Norwegen nur 6,8 Prozent. 277 000 Kinder starben 1913 bei uns im ersten Lebensjahr. Wie weit die Kindersterblichkeit herabgedrückt werden kann, wenn alle Voraussetzungen für eine rationelle Kinderaufzucht gegeben sind, beweist Professor Schloßmann in den »Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik« in einem lesenswerten Aufsatz über »Die Kindersterblichkeit in den deutschen Fürstenhäusern«. Diese ist von 13,3 Prozent in den Jahren 1800 bis 1809 auf 3 Prozent in den letzten Jahrzehnten gesunken. Ein äußerst geringer Prozentsatz, wenn man annimmt, daß die rein physischen Bedingungen dieselben sind wie durchschnittlich im Volke.

Es ist unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen ein Naturgesetz, daß die Säuglingssterblichkeit in dem Grade zunimmt, als die Geburtenziffer steigt. Von dieser Voraussetzung aus ist es grundfalsch, nach Art der ins Leben gerufenen Vereinigungen auf eine Hebung der Geburtenziffer hinzuwirken, solange man nicht ernstlich das Bestreben hat, eine durchgreifende Änderung der sozialen Lage herbeizuführen. Rationelle Bevölkerungspolitik betreiben, heißt angesichts der enorm hohen Säuglingssterblichkeit nichts anderes, als darauf hinzuarbeiten, die jungen Weltbürger am Leben zu erhalten. Solange man hier nur mit Palliativmittelchen kommt, muß jede Propaganda für Hebung der Geburtenziffer als unmoralisch bezeichnet werden.

Die Pflicht fordert, scharf zuzupacken. Die während des Krieges der ehernen Not gehorchend ins Leben gerufenen Einrichtungen müssen nicht nur erhalten, sondern noch ausgebaut werden. Hier hat der Gesetzgeber einzugreifen. Die Mutterschaftsversicherung, die Hebammenbeihilfe muß obligatorisch gemacht werden. Alles das, was der Reichstag im Jahre 1911 bei Beratung der Reichsversicherungsordnung versäumte, muß nachgeholt werden. Es heißt unter den heutigen Umständen nicht einer Volksvermehrung das Wort zu reden, sondern der Bevölkerungserhaltung.

Feuilleton

Ein Epos aus dem Leben des Kapitals.

Von Franz Diederich.

Eine Dichtung, die das Wesen des Finanzkapitals packt, wäre ein heißer Strahl aus der Brennmitte der wirtschaftlich vulkanisierten Gegenwart. Hilferding hat die Phase des Finanzkapitals in ihrer höchsten Entwicklung klar und scharf abgestempelt als die »Diktatur der Kapitalsmagnaten«, und die Novelle, die der rheinländische Dichter Josef Winckler unter dem Titel »Der Fenriswolf, Eine Finanznovelle« veröffentlichte (in Eugen Diederichs Verlag, Jena), berührt die wirtschaftliche und politische Aktivität dieser Diktatur historisch und psychologisch im Grundriß. Das Buch nennt den Namen seines Dichters nicht; er war auch bei der ersten Veröffentlichung der Novelle in der Zeitschrift »Quadriga« noch nicht genannt, diesem Organ, das nach einem Programmsatz auf eine »Synthese von Imperialismus und Kultur, Industrie und Kunst, modernem Wirtschaftsleben und Freiheit« hinstrebte und in dem junge Geister zunächst einmal durch Arbeiten ihr Anrecht auf ein Bekanntgeben ihrer Namen erproben wollten. Die Finanznovelle kam dort vor zwei, drei Jahren in einigen der ersten Hefte heraus unter dem Titel: »Ein Epos aus dem Leben des Kapitals«. Ein Epos! Aber keines von der Art, wie der Amerikaner Frank Morris es eben unter der Feder und teils schon vollendet hatte. Vielleicht hatte der »Quadriga«-Autor geradezu die Absicht, den sich nun ankündigenden Dichtungen aus der Welt der größten Kapitalsmacht die neue Form zu zeigen, die sie dem Wesen ihres Themas gemäß haben müßten. Daß das breit ausgewölbte Morrissche »Epos des Weizens« bei seinem Plan eine Rolle gespielt habe, läßt sich natürlich nicht behaupten, immerhin aber berührt sich dessen Erstteiltitel »Der Oktopus« einigermaßen mit dem Titel, den die Finanznovelle für den Buchabdruck erhielt. Inzwischen hat ihr Autor die literarische Anonymität abgetan. Mit der kürzlich geschehenen dritten Buchveröffentlichung, dem lyrischen Werke des Inselverlags »Mitten im Weltkrieg«, das in ekstatischem Erleben Bilder der Krieganfangzeit hinschleudert, wurde sie aufgegeben, so daß nun auch bei der Finanznovelle Wincklers Name genannt werden mag.

Die Novelle nimmt aus der Welt, von der sie zeugt, einen einzelnen Fall. Hat das Bild typische Kraft, so wird aus ihm das Wesen des Ganzen lebendig. Winckler zeichnet die finanzkapitalistische Eroberung des Rechtes auf Ausbeutung der norwegischen Wasserkräfte. Eine Berliner Bank für Industrie und Handel bringt auf einen Wink aus Norwegen hin die Aktion in Fluß, hält und strafft und lenkt ihre Fäden, macht sich zum Generalshirn und Munitionsturm der internationalen Kampagne. Der Plan einer Bewegung gegen das ausländische Kapital veranlaßt den Kampf; aus Abwehr wird schneller Angriff, und der internationale Trustriese, der das Feld mit weitem Beherrschen überschaut und in raschem Erfassen aller Vorteile bespringt, schlägt das nationale Zwergkapital auf der ganzen Linie, erst wirtschaftlich, dann auch politisch. Mit seinem besten Besitz an Produktionsmitteln, den unermeßlich großen Wasserkräften, die für den Kopf der Be-

völkerung mehr als drei Pferdekräfte spenden könnten, verfällt das Land dem internationalen Finanzkapital, dem Fenriswolf, wie das sozialdemokratische Blatt sagt, »dem gefräßigen Ungeheuer, das unsichtbar wie ein Alp über den Völkern lastet, das nicht lieben und hassen, das nur schlingen kann in grauenvoller Selbstzweckheit«.

Dies Ereignis rollt sich in harter Deutlichkeit ab, ein Dokument der Gegenwart, ein Kampfstück ökonomischen Lebens. Wie Finanzmächte arbeiten, das vollzieht sich nicht am hellen Tage breiter Öffentlichkeit und enthüllt sich nur wenigen Menschen. Hier aber sind an einem lebendigen Beispiel die Kulissen von den Vorgängen weggerückt, so daß die Arbeit sich im einzelnen und im Zusammenhang ihres Verlaufs zeigt, in ihrer Schlagkraft, ihrer Überlegenheit, ihrem Wagemut, ihrer Geriebenheit, ihrer Moral. Das Bild baut sich ganz und gar aus einer Folge von Geschäftsbriefen, Geschäftsberichten, Telegrammen, Verhandlungsskizzen, Preßstimmen. Jeder erzählende, deutende, beleuchtende Zwischentext ist vermieden. Das Zusammenfassen und Bewerten fällt durchaus dem Leser zu, nur daß es ihm durch die Art der Folge und des Schreibstils, die einprägsam wirkt, leicht gemacht ist. Wer also sein Wissen von den Kräften, Schriften, Schlichen des Finanzkapitals mehren will, dem bietet sich hier zum theoretischen Erkennen so etwas wie ein praktischer Gang ins volle Leben der im verborgenen ringenden, die Welt tyrannisierenden Finanzgewalten. Die deskriptive Nationalökonomie, die in Deutschland mit dem Buche von Engels über die Lage der arbeitenden Klasse in England begann, kann eine lange Reihe starker dichterischer Werke in ihren Kreis einbeziehen. Durch ihre eigenartigen Mittel, das Leben der Wirklichkeit zu greifen und auszudrücken, wird die soziale Dichtung zur wesentlichen Ergänzung der sozialen Forschung. Denn ihr ist es gegeben, die Psyche des Menschen, wie sie sich unter der Einwirkung wirtschaftlicher, sozialer Zustände und Bewegungen gibt und gestaltet, bis ins Innerste aufzuschließen und zum Nacherleben festzuhalten. Den in solcher Weise wertvollen Werken dieser Dichtung wäre nun der »Fenriswolf« anzufügen, wohl als ein erstes Stück Spiegelung der letzten und folgenschwersten Phase kapitalistischer Entwicklung.

Dieser Wert — mag er auch unter der äußersten Höhe bleiben — wird nicht bestritten werden können. Aber es hat der Arbeit Wincklers doch nicht an einem Anzweifeln des Anspruchs gefehlt, sich Novelle zu nennen. Es hieß da, der Dichter habe nur den Rohstoff gegeben, aus dem nun erst ein Dichterwerk geschaffen werden müsse. Gewiß läßt der Stoff sich zu erzählten Vorgängen verarbeitet denken. Aber das novellistisch Wesentliche hängt nicht an dieser Form. Paul Heyse, der in der Form der Novelle für seine Zeit ein Meister war, forderte, »daß sie uns ein bedeutsames Menschenschicksal, einen seelischen, geistigen oder sittlichen Kampf vorführe, uns durch einen nicht alltäglichen Vorgang eine neue Seite der Menschennatur offenbare«. Diese Forderung besteht, und ganz entschieden geht Winckler auf solch ein Ziel aus. Und seine Arbeit hält auch den weiteren Satz Heyses aus: »daß dieser Fall in kleinem Rahmen energisch abgegrenzt ist, wie der Chemiker die Wirkung gewisser Elemente, ihren Kampf und das endliche Ergebnis ‚isolieren' muß, um ein Naturgesetz zur Anschauung zu bringen, macht den eigenartigen Reiz dieser Kunstform aus.« In der Tat, wie Winckler den gewählten Fall vorgetragen hat, das ist der Stil straff ab-

grenzender Energie, den eben unsere Tage herauszwingen, und gerade diese Form bewirkt, daß Milieu und Charaktere in scharfer Strichführung ohne jede Verschwommenheit deutlich werden. Die Vorteile der Briefform für die Charakterzeichnung hat die Novellendichtung seit langem verwertet, aber die Briefform hat auch Gefahren, insofern sie dichterischem Stimmungsgelüst allzu willig Tor und Raum öffnet und so die Schärfe des Ausdrucks stören kann. Gegen diese Gefahr wollte nun Winckler sich gerade durch die Wahl dieser Form sichern; er wollte sich, wie er in einigen vorwörtlichen Sätzen sagt, wahren vor jeder »romantisierenden Zerflüchtigung des Wesentlichen«, vor jeder »Stimmungsmalerei«, vor aller Sensationsdrapierung, wie etwa Kellermann sie in finanzkapitalistischen Szenen seines Tunnel-Romans beliebte, worauf Winckler (ohne Werk und Autor zu nennen) hinweist. In dem Treiben der Männer, die in der Finanznovelle brieflich miteinander planen und verhandeln, will Winckler »die Struktur seiner Zeit in vibrierender, jagender, allumfassender Bewegung« sichtbar machen. »Zeigt uns«, ruft er programmatisch aus, »die ungeheure Dynamik des gegenwärtigen Daseins ohne Sentimentalität und Mätzchen in seinen eigensten Formen und Wirkungen!«

Zola formte sein riesiges Wissen von der Wirklichkeit erzählerisch in umfangreichen Bänden aus, und Winckler wird zu den vielen der jüngsten bürgerlichen Schriftstellergeneration gehören, die seine Form ablehnen. Aber sonst wird er sich in Wichtigem ihm nahe fühlen: in der von Zola geforderten experimentellen Natur der schriftstellerischen Arbeit, die, auf Tatsachen der Forschung, des beobachtenden Erlebens fußend, unter der Überzeugung geschehen sollte: »Der metaphysische Mensch ist tot.« Ganz auf ein Bewegen aus greifbarster Wirklichkeit gerichtet, fühlt Winckler seine Arbeit als wohl zum ersten Male gewagten Versuch, »einen umfassenden wirtschaftlichen Stoff in konstruktiver Kühle kongruent in Form zu zwingen, ihn aus sich selber seine Sprache bilden zu lassen«. Die führenden Menschen der Finanznovelle sind zur psychischen Einheit mit ihrer Aufgabe ausgeformt, so daß diese als ihr persönlichstes Geben lebt. Sie sind Aktionsmenschen, mit dem Bewußtsein, Cäsare und Napoleone ihres Feldes zu sein, und sind zugleich Organe, die das Gesetz ihres Bewegens empfangen aus dem Werke, dem sie gebieten. »Wir planen alle viel und müssen doch der Wucht des Augenblicks gehorchen,« schreibt einmal der Berliner Bankmann H. Böhle, das geistige Oberhaupt der Finanzaktion, die in der Novelle abrollt. Anders als das industrielle Einzelkapital fordert das Finanzkapital den Einsatz der Eigenschaften starker Persönlichkeiten, aber wie stark sie sein mögen, der eigenmächtige Wille des Finanzkapitals bleibt stärker. Und zur Kraft der Persönlichkeit des Finanzkapitalisten gehört, diesen Willen zu erkennen, gelten zu lassen und auszuführen. Ihr Leben wird das Leben des Kapitals, ihr individuell Menschliches wird aus dieser Sphäre abgeschieden. Und weil es vor dem Geschäftlichen bedeutungslos wird — »eine neue Seite der Menschennatur«, um Heyses Wort anzuwenden —, schlug der Dichter mit der von ihm gewählten Form der Novelle den rechten Weg ein: er formte »kongruent«.

Aus den gewichtigen »Eisernen Sonetten«, die vor ein paar Jahren in der Zeitschrift »Quadriga«, dann im Inselverlag als Buch erschienen, weiß man, wie stark die Gestalten auf Winckler wirken, die nicht nur Besitzer

kapitalistischer Riesenbetriebe, sondern auch deren Leiter sind. Die freien Unternehmer solcher Art sind ihm Könige, er verherrlicht ihre weltumfassende Kraft. Sie sind ihm die führenden Geister fortschreitender, vorwärtsdrängender Kultur, und er möchte, daß alle Schichten der Arbeit um des gemeinsam geleisteten Werkes willen ihnen huldigten, in ihrer Bedeutung aufgingen. Von diesem Anschauen und Empfinden hat natürlich auch die Handlung der Finanznovelle Elemente. Man darf sich nun aber nicht durch die Anziehungskraft täuschen lassen, die Böhles wuchtige Entschlossenheit auf Winckler ausübt. Nur die persönliche Art wird ihn gereizt haben, nicht die wirtschaftliche Tendenz dieses Mannes. In Böhle ist der soziale Typ verritterlicht, den das mit nie gestilltem Expansivdrang zugreifende internationale Finanzkapital formt, dessen Tätigkeit losgelöst ist von der Arbeit des Industriellen oder Kaufmanns, an der Wincklers Begeisterung hängt; in einem Dr. Vaermland steht gegen ihn das nationalkapitalistische Element, das für ein gemächlicheres Schreiten ist, weil es nur so darauf rechnen kann, die im Lande vorhandenen Kraftquellen für sich zu erobern. Der Dichter läßt beide befreundet sein; aber es kommt für sie der Tag, wo national sich gegen international stellen muß, Einzelvolkskapital gegen Weltkapitalsmacht. In diesem Kampfe kennt das Weltkapital kein halbes Entscheiden, es weist ein Kompromiß ab, geht aufs Ganze. Böhle und Vaermland wechseln Briefe vor der Schlacht, und da zeichnet dieser die »besondere Art des Kapitalismus«, die in Böhle ihren Kopf hat: »Ein Kapitalismus, der eine riesenhaft wuchtige Maschine von kunstvollster Konstruktion ist, die bald stillzustehen scheint, bald in sprunghaft plötzlichen Sätzen ihre walzenschweren Riesenräder vorwärtsschnellt und ihren Weg nimmt über Menschen- und Völkerschicksal hinweg. Die genialen Menschen, die diese Maschine zu bedienen verstehen, haben verlernt, sie zu zügeln, wenn ihre kraftvollen Glieder plötzlich mit Explosionskraft zu arbeiten beginnen. Und diese *Maschine*, die zum Segen des Wirtschaftslebens konstruiert wurde, ist ein *lebendiges Wesen* geworden, voll tückischen Wollens, aber ohne Herz. Das Mittel ward sich selbst Zweck.« So starrt mit grausendem Erschauern das industrielle Kapital, das an eine engere Wirkungssphäre gebunden ist, auf den übermächtig gewordenen Artgenossen, der wie ein Vampir aus seinem Blute lebt und von dem es wieder, um leben zu können, Blut annehmen muß. Das Finanzkapital ist zu einer bloßen »Form« wirtschaftlicher Organisation geworden; verloren ging ihm das Zweckbewußtsein, eine Organisation für das Leben eines Volkes, von Völkern, von Menschen zu verkörpern, worauf das Industriekapital, das Handelskapital sich noch mit nationalem Blutwallen berufen zu dürfen meint und jedenfalls beruft. Da aber Wincklers Ideal wirtschaftlich nationalkapitalistisch, politisch radikalliberal gerichtet ist, muß Vaermland seinem Wünschen näher stehen als Böhle, der nichts als geldmachender Geschäftsgeist ist.

Dieser Vaermland aber stellt sich wiederum nicht als ein Kämpfer dar, der für das, was er fordert, durchs letzte Feuer schreiten wird. Er will »die Allgemeinheit als Unternehmer und sonst niemand«, nämlich die Allgemeinheit der Kapitalisten seines Landes, keineswegs eine sozialistisch wirtschaftende Allgemeinheit. Diese Forderung stellt Vaermland nur als ideales Ziel, ohne den großen Glauben an ihre Erreichbarkeit. Vor der Gewalt des Kapitalismus, der keine nationalen Beschränkungen seines Wollens und

Müssens dulden kann, klammert er sich an die vage Hoffnung, daß ein Kompromiß möglich sei, durch das dem Unternehmertum der weniger entwickelten Stufe die Selbständigkeit gegenüber dem trustenden Finanzkapital gesichert wird. Winckler weiß, daß die Diktatur der Kapitalsmagnaten solche Hoffnungen ausschließt, und er stellt das im Ausgang seiner Novelle dar: Vaermland will schließlich über seine Sache den Wahlzettel entscheiden lassen, er treibt es zur Auflösung des Parlaments; aber die Regierung beugt sich vor dem Finanzkapital der Welt, und bei den Wahlen »erarbeitet« sich dieses eine sichere Majorität. Daß Winckler diesen Gang der Entwicklung, der sich überall vollzieht, nicht feiert, als ob es seine Sache wäre, läßt sich ablesen aus dem Namen, für den er sich bei der Wahl des Titels für seine Novelle entschied.

Aber wer den Fenriswolf fällen will, kann sich nicht stellen wie der Dichter, dem es freilich nur darum zu tun war, die »gewaltige Schicksalsstunde« der heute ringenden Kapitalsträger und ganzer Volksmassen fühlbar zu machen, womit er also den Triumph des internationalen Finanzkapitals in der Entwicklung des Kapitalismus meint, der historisch notwendig war und uns als das letzte Stadium dieser Entwicklung erscheint. Uns! Der Dichter steht abseits unserer Überzeugung, daß das soziale Ideal einer allgemein segensreichen Erzeugung und Verteilung der Güter, das dem Kapitalismus entgleiten mußte, nur durch das sozialistische Ziel der arbeitenden Massen zu retten und zu vollenden ist. Seine Kapitalsherren hören wohl auch die Stimmen der Sozialdemokratie, aber es kommt einstweilen nicht so weit, daß ihre Rechnungen und Kreise durch sie gestört und bedroht werden. Sie verhallen in ihrer Welt als Stimmen in der Wüste. Nur ein Wort haftet und wird seine Bestimmung haben: der Fenriswolf. Das bedeutet einen Entwicklungsabschluß, dem der Umschlag in einen neuen Anfang notwendig folgen muß.

Literarische Rundschau.

Adolf Braun, **Die Arbeitslosenversicherung in Deutschland während des Krieges.** Sonderabdruck aus der Österreichischen Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung. 42 Seiten.

Braun ist einer der ersten gewesen, die sich den mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Problemen zuwandten. Schon 1892 lenkte er im Sozialpolitischen Zentralblatt die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Probleme. Bezeichnenderweise wird in dem 1890 erschienenen ersten Bande des großen »Handwörterbuchs der Staatswissenschaften« die »Arbeitslosigkeit« überhaupt nicht behandelt, und erst in dem 1895 erschienenen Nachtragsband geschieht dies. Was Braun sagt, verdient immer Beachtung, und wie er das hier in Betracht kommende Gebiet behandelt, ist für jeden lesenswert. Braun geht von der Tatsache aus, daß das ganze große Gebäude der deutschen Arbeiterversicherung sich in der ungeheuren Erschütterung der Staaten und der Wirtschaften durch den Krieg als überaus kräftig und widerstandsfähig gezeigt hat, und gibt nach einem überaus instruktiven geschichtlichen Überblick über die gewerkschaftlichen Versicherungseinrichtungen eine Schilderung der sich aus diesen Einrichtungen für die Gewerkschaften beim Ausbruch des Krieges ergebenden Situation. Er ist auch ein zu guter Kenner der deutschen Gewerkschaftsbewegung, um nicht die Notwendigkeit für die Gewerkschaften einzusehen, während des Krieges mit Rücksicht auf die gleich nach Ausbruch desselben

einsetzende außerordentlich große Arbeitslosigkeit — Braun bezeichnet sie als von niederdrückender Größe — entsprechend den vorhandenen Mitteln die Unterstützungseinrichtungen auf die Arbeitslosenunterstützung zu verdichten und alle anderen Unterstützungseinrichtungen für die Kriegszeit oder bis auf weiteres einzuschränken oder gar einzustellen. Er schildert dann die Bestrebungen der Gewerkschaften zur Beschaffung von Arbeit und ihr Verlangen nach Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenunterstützung und würdigt eingehend die Wirkung der tatsächlichen Verhältnisse auf die Finanzen der Gewerkschaften. Auch die im Frieden gemachten Versuche, zu einer öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung zu gelangen, und die Widerstände dagegen werden behandelt. Trotz voller Anerkennung der Notwendigkeit einer Arbeitslosenfürsorge in der Kriegszeit sei doch die Furcht, es könnten irgendwelche Kriegsmaßnahmen zu einer festen Einrichtung in der Friedenszeit werden, oft ein starkes Hemmnis für viele Entschließungen der Regierungen gewesen und erkläre manche Verspätung wichtiger Maßnahmen. Die Maßnahmen der Regierungen zur Unterstützung der Gemeinden in der Durchführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung werden eingehend gewürdigt. Braun meint, daß wenn auch diesen kommunalen Einrichtungen in hohem Maße die Einheitlichkeit fehle, doch gerade in der Mannigfaltigkeit der Einrichtungen mit Rücksicht auf eine spätere Regelung dieses in künftiger Zeit dringlichsten Arbeiterversicherungsproblems unzweifelhafte Vorteile geboten seien. Eine reiche Fülle von Erfahrungen mit den verschiedensten Methoden habe sich gesammelt. Jetzt könne man auch nicht mehr von einem Sprung ins Dunkle reden, wennschon das versicherungsmathematisch wichtigste Problem, das der Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Versicherungsfalles, durch die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse des Weltkrieges in keiner Weise erhellt werden könne. Braun hält die Arbeitslosenversicherung gerade in der Zeit des kommenden Friedens für dringend notwendig und meint:

»Wir würden irregehen, wollten wir für absehbare Zeit, für die Zeit des Friedens, die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung bestreiten. Ich glaube im Gegenteil, niemals wird sie notwendiger empfunden werden als gerade in der Zeit des kommenden Friedens. So sehnsüchtig ihn jeder erwartet, so wenig wollen wir uns Illusionen hingeben über die wirtschaftlichen Bedingungen in der Zeit des kommenden Friedens. Die ganze Welt ist ärmer geworden durch den Krieg, und erhöhte Bedürfnislosigkeit ist uns allen anerzogen worden. Würdigen wir diese Tatsachen rein wirtschaftlich, so ergibt sich für die nahe Zukunft ein geringerer Bedarf an Waren, eine verminderte Nachfrage nach Arbeitskraft, eine größere Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit für viele industriell tätige Männer und Frauen. Es wird lange währen, bis die wirtschaftlichen Kriegswirkungen verschmerzt sein werden, bis die Last der Verzinsung der Kriegsschulden, der Versorgung der Kriegsinvaliden, der Verpflichtungen für die Witwen und Waisen der Kriegsopfer nicht mehr im Mittelpunkt jeder staatswirtschaftlichen Betrachtung stehen wird. Solange das aber der Fall sein wird, werden wir mit diesen Wirkungen des Krieges auch hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.«

Im weiteren Ausblick auf die Arbeitslosenversicherung im Frieden meint Braun, daß heute kein Problem der sozialen Versicherung von höherer Dringlichkeit und größerer Notwendigkeit sei als das der Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die weiteren von Braun im Schlußabschnitt gestreiften Fragen werden wir in anderem Zusammenhang noch in der Neuen Zeit erwähnen.

Als kurzgefaßter Abriß der mit der Arbeitslosigkeit während des Krieges zusammenhängenden Fragen sind die Darlegungen Brauns mit ihren Quellenangaben überaus wertvoll. R. Wissell.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.